

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,00 M., monatl. 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
eile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Ver-
samlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.
Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 30. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Bezugs-Einladung.

Mit dem 1. Juli eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
„Unterhaltungsblatt“
und der Sonntags-Beilage
„Die Neue Welt“.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Teil
des Romans

„Auferstehung“

kostenlos nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren
sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Ver-
stellungen zum Preise von

3 Mark 30 Pfennig

für die Monate Juli, August und September

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste
unter Nr. 7971.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Aus Amerika.

New York, 18. Juni.

Man muß schon auf das Jahr 1886 zurückgehen, um auf eine
Streikbewegung zu stoßen, die an Umfang und Hartnäckigkeit
sich mit derjenigen, welche seit einigen Monaten die industriellen Ge-
biete der Vereinigten Staaten durchdringt, messen kann. Die Ursachen
dieser sind leicht festzustellen. Der nach dem spanischen Kriege
eingetretene ungeheure Aufschwung aller Geschäfte verminderte zu-
nächst die Zahl der Arbeitslosen auf ein Minimum. Aber während die
Lohnsteigerungen, wo immer sie überhaupt stattfanden, nur wenige Pro-
zente betragen, stiegen die Preise aller Lebensbedürfnisse in einem viel
höheren Grade, und heute, da die Prosperitätswelle, deren Höhe die
kapitalistische Presse möglichst zu übertrieben bemüht war, ganz
offenbar zu verlaufen beginnt, befinden sich die Arbeiter mit Bezug
auf ihre Lebenshaltung fast noch in einer schlechteren Situation als
früher. Nur daß die noch im allgemeinen fortwährende Stetigkeit
der Arbeit und Verminderung der Arbeitslosen diese Situation in
verhältnismäßig günstigerem Licht erscheinen läßt. Aber gerade diese
günstigeren Momente veranlassen die Arbeiter zu energischeren Streik-
versuchen. Da sie annehmen, daß die Löhne nicht so leicht Erhö-
hungen bekommen können, während noch immer Aufträge einlaufen, die aus-
geführt werden müssen, so glauben sie, den günstigen Moment wahr-
zunehmen zu müssen. Die Resultate dieser Streiks sind natürlich ver-
schieden.

Es sind hauptsächlich drei Geschäftszweige, welche im Kampf
stehen resp. noch stehen: die Schuhmacher, die Cigarrenarbeiter
und die Straßenbahn-Arbeiter der großen Städte. Aber es giebt
wohl kaum irgend eine Geschäftsbranche, die von der Streikbewegung
verschont geblieben wäre.

Was die Cigarrenarbeiter betrifft, so stehen dieselben hier
in New York einer mächtigen Koalition der Fabrikanten gegenüber,
haben aber bis jetzt mit bewundernswürdiger Ausdauer das Feld
behauptet. Eine ganze Anzahl der größten Fabriken sind seit
Monaten geschlossen. Die Wasse versuchen sich damit zu helfen,
daß sie in den Landstädten Fabriken errichten und sich bei
der Zahlung von Löhnen die niedrige Lebenshaltung der
Landbewohner zu Hilfe machen. Aber zunächst sind diese letzteren
nicht im Stande, die gute Arbeit zu liefern, welche die bessere
Ware verlangt wird, und verderben beim Lernen große Quantitäten
Tabak; dann aber gelingt es der Union auch in vielen Fällen, die
neuegeworbenen Arbeiter ebenfalls zum Streiken zu veranlassen und
so den Herren Vossen einen grausamen Strich durch die Rechnung
zu machen.

Aus diesen Kämpfen ist eine Episode erwähnenswert, weil sie
ein überraschendes Licht auf die Ziele und Zwecke der „Alliance“ und
Labor-Alliance“ wirft, welche letztere bekanntlich dem unheilvollen
Zwist der socialistischen Fraktionen zu Grunde liegt. In der
New Yorker Cigarrenfabrik von Davis u. Co. war von der Inter-
nationalen Cigarrenmacher-Alliance ein Streik angeordnet worden.
Der Zufall wollte, daß sich in dieser Fabrik neben den Mitgliedern
der „Internationaler“ fast sämtliche Mitglieder der „Alliance“
(Cigarrenmacher) befanden. Diese verständigten sich mit dem Voh-
und siehe da, plötzlich erschienen in den hauptsächlichsten englischen
und deutschen kapitalistischen Zeitungen Anzeigen mit folgendem
Wortlaut:

„Cigarrenmacher verlangt für Handarbeit. Jobs von 9,25 bis
17 Dollar. Pioneer Cigar-makers' Alliance of Socialistic Trade and
Labor Alliance. Sam'l J. Davis u. Co., 529 und 522 Ost 81. Str.,
City.“

Es dürfte in der Geschichte der Arbeiterbewegung wohl noch
nicht vorgekommen sein, daß eine Gewerkschaftsorganisation im
Wunde mit dem Voh durch die Zeitungen Streikbrecher sucht, wie
dies hier geschah.

Von den Streiks der Straßenbahn-Angestellten hat der
noch jetzt in St. Louis stattfindende die gewaltsamste Form angenommen.
Seit länger als einem Monat herrscht in St. Louis thot-
sächlich Bürgerkrieg. Die Bahncompagnien haben die verächtlichsten
„Fünftler“ (eine große Detektiv-Agentur dieses Namens, welche
vorkommenfalls aus den schiefsten Elementen der Bevölkerung
zusammengesetzt, bewaffnete Beamte liefert, welche dann als Hilfs-

Sheriffs eingeschworen werden und so amtliche Eigenschaft erhalten),
engagiert. Täglich finden Gefechte statt, wobei auch das Dynamit
eine Rolle spielt. Für Fernersiehende empfiehlt es sich, nicht alles
als bare Münze zu nehmen, was darüber berichtet wird. So
z. B. ist es zwar Thatsache, daß Frauen und Mädchen, welche die
von Stabs bedienten Cars (Straßenbahnwagen) benutzen, trotz polizei-
licher Bedrohung aus den Wagen herausgeholt und ihnen die Kleider
als Freyge vom Leibe gerissen werden. Aber diese weiblichen In-
dividuen sind von der Bahngesellschaft engagierte „Lodvögel“, welche
gegen Bezahlung herumfahren, um andre, besonders auch Frauen,
von der Ungefährlichkeit der Straßenbahn-Benutzung zu überzeugen.
Und die Frauen, die über sie Bericht halten, sind die Frauen und
Töchter der ausgeschlossenen Arbeiter. Die Zahl der auf beiden
Seiten Gefallenen und Verwundeten geht jetzt in die Tausende.

Einer der hervorragendsten Führer der Streikbewegung ist die Frau
der lachendsten gerichtlichen Einhaltsbefehle, welche letztere auf Ver-
anlassung der Waise gegen die Streiker erlassen worden. So erging
her in New York u. a. ein Einhaltsbefehl gegen die Cigarrenmacher,
welche der Union nicht allein verbietet, Kosten auszustellen, um
Scabs abzuhalten, sondern auch, wöchentlich Unterstüßungsgelder an
die Streiker und Ausschlossenen anzuhändigen; in Kansas City
wurde den Streikern gerichtlich verboten, irgend einen Straßenbahn-
Wagen anzuhalten, auf welchem ein Postbote oder Briefträger fährt
oder zu fahren wünscht; in Little Rock (Arkansas) sollten, auf
richterlichen Befehl, die Straßenbahn-Arbeiter keinerlei Abzeichen tragen,
die sie von andren Angestellten der Bahn unterscheiden. Diese Order
war gegen die Unionleute unter den Angestellten gerichtet, welche noch
einem, durch Kompromiß beendigten Streiks blaue Unionbänder trugen.
Die Sache nimmt aber den Verlauf, daß die Arbeiter sich an diese
gerichtlichen Einhaltsbefehle nicht halten, sondern handeln, als ob
dieselben gar nicht existierten.

Die Staats-Schiedsgerichts-Kommission berichtet ferner, daß in
den ersten 5 Monaten dieses Jahres allein im Staate New York
294 Streiks stattfanden, von denen etwa 60 noch im Gange sind.

In New York haben wir soeben eine der schönsten Sensationen
gesehen. Der Eis-Trust, d. h. eine Kombination sämtlicher Eis-
händler, welcher das in diesem glühenden Sommer, gerade so wie Wasser,
auch für die Kernstein unentbehrliche Eis aus den Seen und Flüssen
des ganzen Ostens für unsere Riesenstadt liefert, sah sich vor einigen
Wochen veranlaßt, den Preis für je 100 Pfund Eis von 25 Cents
auf 60 Cents hinauszuhubeln. Man kann sich den Sturm der
Entrüstung denken, der alle Kreise der Bevölkerung bestrich.
Aber dieser Sturm wuchs zum Orkan, als die Presse fest-
stellte, daß nicht allein der Mayor von Groß New York, von
Wyd, sondern fast sämtliche städtische Beamte von Bedeutung und
sonstige Mitglieder der die Stadt beherrschenden Tammany-Ge-
sellschaft Hauptaktionäre des Eis-Trustes waren, von Wyd und
sein Bruder, Ex-Richter von Wyd, eigneten und eignen noch
Aktien im Werte von einer halben Million Dollar. In einem
gerichtlichen Verhör, welches durch die Sensationspresse erzwungen
wurde, stellte sich dann heraus und wurde von dem verhörrten Mayor
selbst zugegeben, daß er sich des Geld zur Bezahlung der Aktien
von dem Präsidenten des Eis-Trusts bedient hatte. Jedermann
weiß, daß dieser Präsident niemals ein Juridisches er-
warbete. Der Dienst, welcher der Mayor dafür dem Trust
und — als Hauptaktionär — sich selbst erwies, bestand darin, daß
er, ehe er die Aktien erhielt, einige Gesetze, welche von der New
Yorker Staatslegislatur angenommen worden waren und die
eine Konkurrenz gegen den Eis-Trust möglich gemacht hätten,
mit seinem Veto besetzte und so deren Inkrafttreten
verwehrt. Der Fall liegt jetzt dem Gouverneur Roosevelt
vor, dessen Pflicht es sein würde, den Mayor abzusetzen
oder wenigstens zu suspendieren. Wir haben also jetzt in New York
unter gerichtlicher Aufsicht: den Mayor der Stadt von Wyd, den
General-Staatsanwalt für Groß-New York, Colver, weil er
Partei- oder sonstigen Rücksichten Kloges unterdrückte, oder, wenn ein-
geleitet, niemals zur Verhandlung brachte, und schließlich den
Comptroller (den höchsten Finanzbeamten der Stadt) Coler, weil er
angeblich beim Ausgeben von städtischen Bonds ersten die Preise
drückte, indem er öffentlich erklärte, daß die Stadt nicht an der vom
Gesetz erlaubten Schuldengrenze angelangt sei, und zweitens die
Bonds einer Firma zu sprach, welche nicht das höchste Angebot machte,
bei welcher er aber selbst persönlich interessiert war. Häßlich, nicht
wahr?

Die allgemeine politische Situation hat sich in den
letzten Wochen nicht wesentlich geändert. Der Telegraph wird, wenn
die Augen der Leser auf diese Zeilen fallen, schon
die Kombination Mc Kinlehs als republikanischen Präsidentschafts-
kandidaten und wahrscheinlich die des New Yorker Gouverneurs
Roosevelt für die Vice-Präsidentschaft gemeldet haben. Und ebenso
sicher wird im Juli Bryan zum demokratischen Präsidentschafts-
kandidaten ernannt werden.

Der Fremdenkrieg.

Unser gestriger Hinweis auf auf auffällige Unklarheit
hinsichtlich des Aufenthalts der Gesandten hat sich als wohl-
begründet erwiesen. Keine von den neuen Meldungen wech-
elt etwas davon, daß die Gesandten sich bei Seymour befunden
haben. Die Berliner amtliche Nachricht, die gestern mitteilte,
die Gesandten befanden sich bei den Landungstruppen, ent-
behrt offenbar der Begründung.

Wo die Gesandten sich befinden, ist bis zur Stunde
unbekannt. Ueberhaupt sind wir heute in der Aufklärung über
die chinesischen Verhältnisse keinen Schritt weiter gekommen.
Sicher ist, daß alle fremden Truppen in Tientsin konzentriert
sind. Aber auch dort herrscht noch keine Ruhe.

Jetzt steht, daß seit dem Ausbruch der chinesischen Wirren
keine einzige beglaubigte Nachricht über die Zustände in
Peking eingegangen ist. Das kann nur daraus hinderten,
daß die Chinesen die unbeschränkten Herren der
Situation sind. Meldungen wie die, daß in Peking der
kaiserliche Palast eingeschloßen sei, sind offenbar ebenso müßige
Erfindungen wie die verschiedenen Kombinationen über den
Verbleib der Gesandten.

Unbegreiflich ist, daß die deutsche Regierung keinerlei
Auskunft über ihren Nachrichtendienst giebt. Sie
verbreitet Meldungen, die sich dann als irrig herausstellen.
Die Regierung überläßt es ruhig der öffentlichen Meinung,
was sie von den Dingen halten soll. Ebenso erhält
man keine offizielle Auskunft über ihre Auf-
fassung der chinesischen Vorgänge.

Man schickt deutsche Soldaten nach China, stellt große
finanzielle Mittel zur Verfügung — alles, ohne daß der Krieg
erklärt, der Bundesrat befragt worden wäre, geschweige daß
man das Bedürfnis empfunden hätte, etwa den Reichstag
einzuuberufen. Ja, sogar die kleinste Meinungsäußerung im
„Reichs-Anzeiger“ oder in der „Norddeutschen Allgemeinen
Zeitung“ wird verniedert, wie man auch über die an-
scheinend recht zweifelhaft „gemeinsamen“ Operationen und Ab-
sichten der Mächte nichts Authentisches zu hören bekommt. Es
ist ein Krieg ins Blaue und Nebelhaftes. Das die Regierungen
sündigen, muß das Volk ausbaden.

Ueber eine bedrohliche Ausbreitung des Auf-
stands liegen auch heute Berichte vor. Dagegen herrscht
Schweigen hinsichtlich des Vorgehens der Mächte.

Die Gesandten.

Nachdem schon am Donnerstag im englischen Unterhaus seitens
der Regierung erklärt worden war, man wisse nichts über den Auf-
enthalt der Gesandten, meldet der deutsche Konsul in Tschifu nach
Berlin:

„Seymour befreit. Jede nähere Nachricht, auch darüber,
ob Gesandte bei ihm, fehlt. Eisenbahn-Verbindung mit Taku
noch gefährdet. Letzte Strecke bis Tientsin 12 Kilometer Landweg
nur für größere Abteilungen passierbar. 15 geflüchtete Ingenieure
heute von hier zur Wiederherstellung der ganzen Strecke nach Taku
gegangen. Beschädigung Tientsin von Westseite dauert fort.
Chinesische Geschosse explodieren schlecht. Von den Einwohnern
angeblich drei getötet oder verwundet. Frühere Angaben über
Verstörungen in der englischen Niederlassung, wo die meisten
Deutschen wohnen, scheinen übertrieben.“

Ein weiteres Telegramm aus Tschifu meldet kurz: „Seymour
in Tientsin.“ — Nichts von den Gesandten!

Im französischen Ministerrat teilte der Minister des Auswärtigen
mit, daß sich die fremden Gesandten 15 Meilen von Tientsin
befänden, also nicht bei Seymour.

Das „Rentesche Bureau“ erzählt angeblich aus guter
Quelle, daß Grund zu der Annahme sei, daß den fremden
Gesandten in Peking am 19. d. M. ihre Pässe gegeben
worden. Das Auswärtige Amt giebt bekannt, daß der
Verbleib von Ranking dem stellvertretenden englischen Konsul
in Shanghai telegraphierte, er habe am 25. d. M. das folgende
kaiserliche Reskript erhalten: Die fremden Gesandtschaften in Peking
gehören fortwährend, wie gebräuchlich, jeden Schutz seitens der kaiser-
lichen Regierung. — Chinesische Diplomatie!

Peking und Tientsin.

Nach einem Telegramm des unzuverlässigen Sensationsblatts
„Daily Express“ aus Shanghai ist dort gestern abend eine kaiser-
liche Kundgebung veröffentlicht worden, wonach der kaiserliche
Palast in Peking am 16. Juni in Brand gesteckt und von auf-
rührerischen chinesischen Truppen angegriffen worden sei.

Daß in Tientsin alles wohl sei und daß die fremden Ein-
wohner nur wenig Verluste erlitten hätten, wird über London aus
Tschifu telegraphiert.

Ein im englischen Unterhaus verlesenes Telegramm aus Tientsin
vom 24. Juni enthält Nachrichten vom Oberbefehlshaber. Darnach
hätte er sich eines kleinen Arsenal nördlich von Tientsin bemächtigt,
sei dann von zahlreichen Truppen beschossen worden und habe eine
Mittelung abgefaßt, in welcher er dringend um Hilfstruppen bat.
Von seiner Truppe seien 40 Mann getötet und 70 verwundet
worden. Diese Nachrichten seien von einem Gesandtschaftsdiener
überbracht worden, der durchaus vertrauenswürdig sei. Die
Fremdenkonzeption von Tientsin sei vom 18. bis 23. Juni be-
schossen worden, doch sei der angerichtete Schaden verhältnismäßig
unbedeutend, nur die französische Konzeption habe stark gelitten und
das britische Konsulat sei fast gänzlich zerstört. Von den
britischen Truppen seien 4 Mann getötet, 6 Offiziere und 44 Mann
verwundet worden.

Ueber die Verkehrsverhältnisse liegt folgende Meldung
aus Weihaiwei vor: Die Eisenbahnlinie ist bis 8 Meilen nördlich
von Tientsin fahrbar; darüber hinaus ist die Strecke zerstört.

Ausbreitung des Kriegs.

Die „Times“ melden aus Shanghai, daß von den zahlreichen
Courieren, welche der Gouverneur kürzlich nach Peking geschickt hat,
keiner zurückgekehrt ist. Die Chinesen verlassen Scharen-
weise Shanghai; eine sumlose Panik veranlaßt die Eingeborenen
nach ihren Geburtsorten zurückzukehren.

Die Franzosen und die übrigen Europäer haben Panna an
am 24. Juni verlassen und sich am 27. Juni in Tougkai auf dem halben
Wege nach Tougkai befunden.

Die Mächte.

Die Haltung Japans bleibt zweifelhaft. Aus Tokio
hama wird berichtet: In dem gestrigen Ministerrat waren die
Ansichten über die von Japan einzunehmende Haltung geteilt. Der
eine Teil der Minister, darunter der Marine- und der Kriegsminister,
befürworteten, daß Japan es übernehmen solle, den Zustand in China
zu unterdrücken; der andre Teil hält es für besser, daß man sich auf
den Schutz der Fremden in China beschränke.

Die „New York Tribune“ meldet aus Washington: Konter-
Admiral Kemyh wird voraussichtlich am Sonntag Admiral Kempff
im Kommando ablösen und ihn nach Kagasaki oder Tschifu schicken.
Kemyh hatte sich an dem Angriff auf Taku nicht beteiligt.

Admiral Kempff meldet in einem Telegramm aus Tschifu, es
befänden sich jetzt ungefähr 12 000 Mann fremder Truppen an
Land.

Ursachen und Ausichten.

Ein Mitarbeiter des „Al Journ.“ hat eine Unterredung mit
einem Diplomaten über die Lage in China gehabt. An den Aus-

lassungen, die eine scharfe Kritik der Politik der gebanzerten Faust darbieten und sich vielfach mit der von uns ausgesprochenen Meinung decken, ist nur das eine auffällig, daß sie sich im „Kleinen Journ.“ finden.

Der Diplomat führte u. a. aus: „Es giebt wohl kein Volk, das . . . von so friedlicher und gefügiger Natur ist, wie das chinesische. Wer jemals Gelegenheit hatte, den chinesischen Acker zu beobachten, wird zugefallen müssen, daß es seinen willigeren und anspruchloseren Menschen giebt als ihn. Mit der ihm angeborenen Freundlichkeit trat er auch den Emigranten westeuropäischer Kultur entgegen. Er bewunderte sie und behandelte sie mit Achtung und Ehrerbietung. Aber die ganze Art ihres Vorgehens war eine solche, die ihn ungedrungen erbittern mußte.“

Die sogenannten Pioniere der Kultur, die als Vertreter ihrer Religionsgenossenschaften nach China gelangt wurden, um für ihren Glauben Propaganda zu machen, die Missionare, tragen die Hauptlast. Ihr religiöser Hebereifer, ihre Taktlosigkeit, ihre gänzliche Unkenntnis der chinesischen Verhältnisse ließ sie gerade gegen jene Dinge verstoßen, die dem Chinesen das „Heiligste“ sind. Sie trugen Zwietracht in die Familien, brachten die Kinder in Widerspruch mit den Eltern, machten das Altherwürdige zum Gegenstand der Verachtung. In der That, wo immer die Missionare, besonders die protestantischen, sich zeigen, kann man den Zerfallungsprozess beobachten, der sich unter der Bevölkerung vollzieht, und es bedarf bloß kurzer Zeit, um an Stelle des müßiggelübtigen Friedens, der in den chinesischen Dörfern herrscht, tritt eine Spaltung der Bevölkerung für und gegen die Eindringlinge und ihre neue Lehre ein, die in fast allen Fällen zu einem Bürgerkrieg im Kleinen führt. Und daher ist das Mißtrauen vollkommen berechtigt, das heute in China gegen jeden „Missionar“ herrscht.

Ein Volk, das eine Jahrtausend alte hohe Kultur und vortreffliche religiöse Satzungen besitzt, unter denen die Pietät gegen Eltern und Befehle des Vorgesetzten den Bürgern des Westens zum Muster dienen könnte, hat ganz gewiß das unbestreitbare Recht, seinen Glauben und seine sozialen Einrichtungen gegen das Eindringen fremder Einflüsse und religiöser Anschauungen zu verteidigen. Bei fast keinem Volke, mit Ausnahme der Mohamedaner, ist die Religion mit dem ganzen Volksleben so innig verwachsen, wie bei den Chinesen und Mandchuren.

Hast in jedem Ort, in welchem sich Missionare zeigen, kommt es schon nach kurzer Zeit zu einem Ausbruch des Volkswillens. Die Regierung ist dann durch die fremden Mächte gezwungen, Strafexpeditionen und Hinrichtungen der angeblichen Uebelthäter vorzunehmen, die natürlich die Erbitterung im Volke nur noch steigern. Kommt noch dazu, wie dies namentlich in letzter Zeit zur Regel geworden ist, daß jede Unbill, sei sie auch geringfügiger Natur, die ein Missionar erleidet, schwer gerächt und von den europäischen Mächten zum Vorwand für bewaffnetes Einschreiten genommen wird, so begreift man die grenzenlose Erbitterung, welche zur Zeit in China gegen die Fremden herrscht. Die Mächte haben es nicht mit einem Vorgehen zu thun, sondern mit einer Volkserhebung von elementarer Stärke, gegen welche die chinesische Regierung ohnmächtig wäre, wollte sie es wagen, derselben ernsthaft entgegenzutreten.

Den unmittelbaren Anlaß zum Ausbruch der Feindseligkeiten, die namentlich von den regulären chinesischen Truppen ausgehen, hat vor allen Dingen das Erscheinen eines starken Geschwaders fremder Kriegsschiffe vor Taku sowie die Ausschiffung des Seymour'schen Detachements gegeben. Es ist ein merkwürdiger Vorgang, mitten im tiefsten Frieden starke Truppen auf Peking marschieren zu lassen und den Versuch zu machen, die Einfahrt in den Peiho zu erzwingen. Kein Mensch darf sich wundern, daß die Forts von Taku unter solchen Umständen das Feuer auf die Fremden eröffneten. Ich bestreite, daß die Entsendung des Seymour'schen Geschwaders und das Erscheinen einer großen Truppenmacht vor Taku—Tientsin notwendig war, und ich schreibe den gegenwärtigen, beklagenswerten Zustand der Dinge nicht den Chinesen, sondern im wesentlichen dem übertriebenen Vorgehen der Mächte zu.

Ein Niederwerfen des gesamten chinesischen Volks mit nachfolgender Pacifizierung halte ich für ausgeschlossen. Die ganze Lebensweise, die Anschauungen, die religiösen, sozialen und ökonomischen Einrichtungen Chinas bieten den denkbar kräftigsten Gegensatz zu den analogen Einrichtungen des Westens. Es wäre wohl möglich, Peking und sämtliche Häfen des Reichs zu nehmen, — was wäre aber damit erreicht? Peking ist nicht die einzige Residenz und der Hof und die Regierung kann ebenso bequem von irgend einer andern Stadt Chinas aus regieren. Auch wären ungeheurer Truppenmengen eine unerläßliche Vorbedingung zu einer gewaltsamen Eroberung auch nur einiger Provinzen. Bei dem geringsten Zeichen von Schwäche oder Ineffizienz der Mächte würde wieder der alte Hof immer von neuem auflodern. Man kann wohl die offizielle chinesische Armee vernichten, man kann ganze Städte niederbrennen, das Reich verwüsten, — aber völlig erobern, pacifizieren oder gar administrieren läßt sich China von Europäern nicht. Auch dann nicht, wenn Japan im Bund ist.

Auf kriegerischem Wege geht es nicht, nur eine Politik der Verhöhnung und des Vergessens kann zu einer Wiederaufnahme friedlicher Beziehungen des Westens mit China führen. Die Politik der Annexionen und Pachtungen, sowie der Strafexpeditionen muß ein für allemal fallen gelassen, dem thörichten Treiben der Missionare muß ein Ende gemacht werden.

Man überlasse es nur getroßt dem Handel und der Zeit, die großen Gegensätze des fernsten Ostens mit dem Abendlande auszugleichen.“

Politische Ueberblick.

Berlin, den 29. Juni.

Wahrheit und Dichtung.

Aus der Zeit der Kaiserin Katharina erzählt die Geschichte die bekannte Länzung, die mittels der sogenannten „Potemkin'schen Dörfer“ geübt wurde. Auch heute scheinen derartige Länzungen reisender Souveräne im Osten Europas noch vielfach in Anwendung zu kommen, wenn auch nicht durch pappene Gemälde reicher Dörfer. „La Serbie“, das in Genf erscheinende Organ der serbischen Emigranten, veröffentlicht einen Brief, den es aus Jalta (Serbien) erhielt. Dort heißt es u. a.: Die Regierung verbreitet das Gerücht, als ob Milan und Alexander auf ihrer letzten Reise im Osten Serbiens von dem Volke in der glänzendsten Weise empfangen und gehuldigt worden seien. In Wahrheit ist wohl nie ein Fürst von „seinem“ Volke lächerlicher behandelt worden, als die serbischen Regenten Vater und Sohn. 150 Bauern und Gewerbetreibende befinden sich noch jetzt in Haft, weil sie dem Befehle der Polizei, dem König Ovationen zu bereiten, nicht nachgegeben sind. Die erscheinenden Deputationen, von denen die Zeitungen so viel zu erzählen wissen, waren von ihren Ortsgegnern und der Polizei dazu gezwungen worden.

Im Westen Europas kann man diejenigen, welche dem Gepränge eines Fürstentempfangs nicht freiwillig beizubringen wollen, doch nicht mehr in das Gefängnis stecken. Hier hat man andre Mittel, Entlassung, Wahregelung u. s.; neben der Weisheit findet aber auch das Ruderbrod bei solchen Gelegenheiten reichlich Anwendung. Es erhält doch besser die Laune, erhöht die Festimmung.

Kürzlich war gelegentlich der Jubiläumfeier der 700 jährigen Bestehens des Mansfelder Bergbaus in Eisleben hoher Besuch anwesend. Die millionenreiche Mansfelder Gewerkschaft hatte zu den Kosten der Aus schmückung der Straßen allein 200 000 M. beigetragen, das Volk drängte sich zu Tausenden, den Kaiser und sein Gefolge zu empfangen.

Ueber die Art, wie die Bergleute während der Festtage von der Gewerkschaft in Stimmung erhalten wurden, wird der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ aus Eisleben geschrieben:

„Zunächst waren die Bergarbeiter in einer Anzahl von 1300—1400 Köpfe (die Belegschaft zählt über 18 000 Mann) zur Parade abkommandiert. Die so bestellten Leute hatten

in Knappen-Uniform zu erscheinen, wer nicht kam, dem wurde Strafe in Aussicht gestellt. Einem Häuer wurde, als er sein Knappenkleiden seinem Vorgesetzten meldete, bedeutet, daß er sich ruhig nach anderer Arbeit umzusehen solle.

Der gefamten Belegschaft wurden 2 Tage frei gegeben, d. h. sie mußten feiern und erhalten 2,50 M. pro Tag als Entschädigung. Dies ist die Summe für Häuer und Hüttenmänner, ob die Jungen und Schöpfer das gleiche erhalten, wird sich bei der Löhnung herausstellen. Außerdem erhielten die zu der Parade abkommandierten den ersten Tag (so wurde mir erzählt) 6 Biermarken, 6 Cigarren und ein „Festessen“, bestehend aus Wurst, Semmel und Gurke. Daß die Arbeiter dabei recht mühten blieben, ist leicht denkbar.

Anders war es bei den Beamten. Diese bekamen zum Festmahl ein „Couvvert“, das inkl. eine Flasche Tischwein und eine Flasche Sekt über 20 Mark gelostet haben soll. Wir glauben dieses recht gern, denn wer die Beamten des Nachmittags und am Abend des 12. Juni durch die Straßen Eislebens „wandeln“ sah, dem bot sich ein Bild des Feils. Wir sahen Dutzende von Beamten (und nicht alle nur Steiger), die durch überreichlichen Genuß alkoholischer Getränke so recht ins Fahrwasser „ostelbischer Bildung“ geraten waren. Schreiere dieses hat in seinem ganzen Leben nicht soviel besoffene Menschen gesehen, als die Zahl der „wankenden“ Beamten an einem Nachmittage in Eisleben. Daß wir uns eine Reihe dieser „Waderen“ gemerkt haben, ist selbstverständlich.

Recht bezeichnend ist, daß einige Sektionsvorstandsmitglieder des „Kriechstreuens“ Knappenvereins den Mitgliedern zugemutet haben sollten, doch auf die Schichtentschädigungen zu verzichten. „Die Gesellschaft habe durch die Feier so schon Schaden genug.“ Ist das wahr (es wurde uns dieses von mehreren Bergleuten bestätigt), dann erkennen wir voll und ganz die Beliebtheit der Sektionsvorstände bei der Mansfelder Gewerkschaft an. Wie notwendig die Gewerkschaft diese Gelder noch brauchen könnte, beweist der letzte Jahresabschluss mit einem Gewinn von über 11 Millionen Mark!

Im großen und ganzen verlief die Feier wie die früheren Vierfeste auch (abgesehen vom dem ersten Tag). Mit grimmigem Hohn erklärten uns Knappen, daß durch die Veranlassung des Gedinges die Gesellschaft den Schaden, der ihr durch die Feier entstanden ist, schon wieder wett machen werde. Wer zuletzt bezahlt, das ist doch immer wieder der Arbeiter, sagten uns die Kameraden. So ist es.

Wir sind überzeugt, daß, wenn der Kaiser die Zustände in den beiden Mansfelder Kreisen so kennen würde, wie die daselbst Wohnenden, er würde alles andre, nur nicht erfreut über die Mansfelder Gewerkschaft gewesen sein.

Als Herr Geheimrat Georgi den Kaiser begrüßte, da hätte er die Kinderarbeit, die Behandlung der Arbeiter, wenn sie den freien Gewerkschaften angehören, die Antikontingente usw. in seiner Rede erwähnen sollen; wir glauben, der oberste Bergherr hätte doch über solche Zustände bedenklich das Haupt geschüttelt. Man unterließ aber die Aufklärung; was man sagte, war ein Lobgesang über Dinge, die ohne einen Herrn Vorkenner sich gerade so entwickelt hätten. Die uninformierten Knappen, die dort standen, und denen man befohlen, ihre Mittel anzugeben, werden diese Leute an den „Segen des Mansfelder Bergbaus“ reichlichen Genuß gehabt haben? Wir sagen: das Kleid, das an diesem Tage vom Kaiser so hoch geehrt wurde durch seinen Besuch, dieses Kleid wurde nicht von freien und glücklichen Menschen getragen.“

Deutsches Reich.

Zielen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt die Meldung, Herr v. Zielen sei zu dem guten Geschmack veranlaßt worden, aus dem Eisenbahn-Ministerium zu gehen, für eine freie Erfindung. Derartige Dementis haben naturgemäß keinen Wert. Im übrigen: wir können warten, weil wir von einem Wechsel nichts zu erwarten haben.

Auffälliger als die Nichtabstellung des offiziellen Blatts ist eine andre, die sie an die erste anknüpft, und zwar hinsichtlich der Aenderung des Ministers bei dem Festessen der Wäbender Handelskammer in Trauermünde. Das Blatt schreibt wörtlich: „Nachdem bei jenem Festessen hiebzehn Redner von Industrie, Landwirtschaft, Handelsvertretern, Kanälen usw. geredet, brachte der Minister einen ganz kurzen Trinkspruch auf die Damen aus, welchen er mit den Worten einleitete: „ex est commercium, das heißt auf Deutsch: es ist nun genug geredet von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Kanälen — übrigens gebaut werden sie doch —, es ist viel mehr Zeit, inittum fidelitatis zu verkünden, und das beste inittum ist, der Damen zu gedenken usw.“ Eine politische Rede wird man diesen Trinkspruch gewiß nicht nennen können, trotz des kurzen Einschlebs, das sich auch keineswegs auf einen „Ausspruch aus hohem Munde“, sondern auf eine von dem Minister in den vorjährigen Landtags-Verhandlungen gemachte Bemerkung bezog.“

Die Kapitulatio vor dem Junkertum ist vollständig. Jetzt muß die arme „Norddeutsche“, die im Vorjahr so eifrig sich an den Drohungen wider die rentenlosen Agrarier beteiligte, sogar den Minister entschuldigen, als ob er ersüßigt die Wäbicht ausgesprochen habe, dem „unbegreiflichen Willen“, auf den sich Wilhelm II. in Sachen des Kanals berief, ein Werkzeug zu sein. Das sei nur eine ganz unpolitische Bemerkung gewesen, der Scherz eines Damentoastros. — Gebaut wird er doch nicht! —

„Streitterrorismus“. Bei Besprechung des schon mehrfach erwähnten Falles W i s t e m a n n in Halle stellte die „Voss. Ztg.“ auch die Behauptung auf, daß neuerdings von Berliner Wauten wieder einige Fälle von Streitterrorismus gemeldet worden seien. Am nächsten Tage berichtete sie sodann:

„Heute wird uns von einem namhaften Baumeister geschrieben, daß bei einem seiner Wauten Anfang dieser Woche 40 Arbeiter die Arbeit niederlegten, weil ihre Forderung, drei Personen, die der Organisation nicht angehören, zu entlassen, rundweg abgelehnt wurde. Der Versuch der Organisation, den Bau zu sperren, mißlang, da sich genügende Arbeitswillige fanden, die außerhalb der Bauarbeiter-Organisation stehen.“

Selbstverständlich drückt der ganze Chorus der bürgerlichen Blätter diese Mitteilung nach, und verbindet damit mehr oder weniger offen den Wunsch nach Repressalien gegen diesen „Terrorismus“. Wir haben uns bemüht, über dieses Vorkommnis etwas Näheres in Erfahrung zu bringen. Aber weder in dem Bureau der lokalen noch in dem der centralen Maurerorganisation ist auch nur das geringste von einem solchen Vorkommnis bekannt geworden. Wenn wirklich 40 Mann die Arbeit niedergelegt hätten — so heißt es in einem der Schreiben, die uns auf unsere Anfrage zugegangen sind —, so müßten wir auf jeden Fall davon erfahren haben. Warum hat der Gewährsmann der „Voss. Ztg.“ nicht wenigstens den betreffenden Bau bestimmt bezeichnet? —

Was wir brauchen. Wir haben eine Armee ersten Ranges, wir sollen eine Flotte ersten Ranges bekommen. Was bleibt es noch zu wünschen übrig, da die Eroberung des größten Deutschlands, das in der Luft liegt, mittels einer Luftschiffmarine ersten Ranges vorläufig noch nicht geplant scheint? O, und fehlt noch eins, eine Verbindung von Militarismus und Marinismus: der Marine-Militarismus, eine Uebersee-Armee ersten Ranges.

Die „Schlesische Zeitung“ setzt voraus, daß einmal in den Vereinigten Staaten ein Blutbad unter den Deutschen angerichtet werden könnte. Dann müßte, doch Deutschland nicht nur mit seinen Kriegsschiffen die nötige Genehmigung erlangen, sondern es müßte ein regelrechter Krieg geführt werden, bei dem der Versuch gemacht werden müßte, große Massen des deutschen Landheers auf amerikanischem Boden zu landen. Wenn erst in überseeischen Staaten das Gefühl entsände, das gewaltige deutsche Heer dürfe nicht über See verwendet werden, so wäre Deutschlands Ansehen dahin.“

Das Klingt bisher noch wie alldäuischer Irrsinn — entsprossen einem starken Blustand nach dem Kopfe. Aber nur Geduld — der Irrsinn von heute wird vielleicht morgen schon das deutsche Parlament beschäftigen. Jetzt ist alles möglich. Offenbar herrscht in den leitenden Kreisen das Jubiläumsideal, daß die einzige Beschäftigung aller Deutschen werden müsse: — zu Lande und zu Wasser totzuschießen und tot geschossen zu werden. —

Was ist's mit dem Prinzen v. Arenberg? Ueber die Angelegenheit des Prinzen Arenberg, der in scheinlichster Grausamkeit seinen eingeborenen Diener in Deutsch-Südwest-Afrika ermordet hat, schreibt ein Berichterstatter: Der Lieutenant der Schutztruppe von Deutsch-Südwest-Afrika, Prinz v. Arenberg, der sich seit zwei Monaten in der Kerkhofstraße II am Tempelhofer Feld in Untersuchungshaft befindet, ist bereits zum zweiten Male verurteilt worden — das erste Urteil, daß die kaiserliche Bestätigung nicht fand, lautete auf 2½ Jahre Festungshaft — und muß seine Strafe schon angetreten haben. Seit Mittwoch voriger Woche ist er nicht mehr in Berlin. Wie das zweite Erkenntnis lautet und wo der Verurteilte seine Strafe verbüßt, konnten wir nicht ermitteln.

Von anderer Seite, aus Hamburg, wird gemeldet, daß der Prinz zu 2½ Jahren Festungshaft verurteilt worden sei. Das ist ungläublich. Es ist doch nicht möglich, daß das Militärgericht, das sonst weit härtere Strafen auszusprechen pflegt als Civilgerichte, einen Mann, der unter höchst erschwerenden Umständen ein Menschenleben vernichtet hat, mit verhältnismäßig sehr kurzer Strafe und der aller mildsten Straftat bestraft.

Da die Angelegenheit allenthalben das größte Aufsehen erregt hatte und im Reichstag strenge Untersuchung und Verurteilung durch die Vertreter der Regierung zugesagt worden war, ist zu fordern, daß nun, nach Abschluß des Prozesses, bekannt gegeben wird, welche Strafe den hochadeligen Mörder trifft. —

Unser Platz an der Sonne. Ein Marinesoldat aus Mantschou befindet in einem Briefe in die Heimat die Ungunst der dortigen Zustände. Die „Voss. Ztg.“ veröffentlicht aus dem vom 1. Mai laufenden Jahres datierten Briefe folgendes:

„Ich war den ganzen vorhergehenden Sommer und Winter krank gewesen, denn es ist hier in China nicht gerade am schönsten; über's Land, schlechtes Essen (Reis und Schweinefleisch) und nichts Gescheites zum Trinken. Das Wasser ist sehr schädlich und die Wirtshäuser sind uns verboten. Man muß sich halt noch an vieles gewöhnen und vieles sich auch abgewöhnen. Der Dienst ist sehr leicht, aber doch schwer genug für die Klima-Verhältnisse; so kamen dieses Jahr etwa 40 Sterbefälle im Bataillon vor, alle infolge von Ruhr, Darmtyphus, Darmlatach und Fieber. Man darf aber den Mut nicht sinken lassen, dann geht es schon. Die Zeit wird noch herumgehen, die wir hierbleiben müssen. Es sind jetzt noch 14 Monate und 6 Wochen der Reise, eine für uns ewig lang werdende Zeit.“

Die „Frankfurter Zeitung“, die gestern in „Socialismus“ schwärmte, tritt heute ein für die Wahl des Großkapitalisten Schlumberger in Wäbhausen. Das Blatt sagt in einer Korrespondenz aus Wäbhausen:

Herr Theodor Schlumberger ist der Chef der großen Spinnerei und Weberei Schlumberger & Co. Es ist dies eines der ältesten und der bedeutendsten Häuser untrer Industriestadt. Schon bei früheren Wahlen ist Herr Theodor Schlumberger mehrfach dringend gebeten worden, seine Kandidatur anzustellen, aber er konnte sich nicht dazu entschließen, da belamlich ein Wäbhauser Großindustrieller mit seinen eignen Angelegenheiten genug und übergenug zu schaffen hat. Man muß es Herrn Schlumberger Dank wissen, daß er sich jetzt zur Annahme der Wahl entschlossen hat.“

Mit Konservativen, Nationalliberalen und Centrum für den reaktionären Großkapitalisten und gegen den Vertreter der Arbeiterinteressen, das ist der „Socialismus“ der — um vorsichtig zu sein — Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“.

Die weiße Gefahr. Herr Professor Wilhelm Förster teilt uns mit, daß nicht er der Verfasser des von uns aus der „Ethischen Kultur“ abgedruckten Artikels über die Chinesenfrage ist, sondern sein Sohn Friedr. Wilh. Förster, Privatdocent in Jülich. —

Das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Man schreibt uns aus Hamburg:

Wegen Beleidigung der Eisenbahn-Direktion Berlin wurde der Medico Dr. H. Schulze vom „Werkruf der Eisenbahner“ vom Schöffengericht Hamburg zu 200 M. Geldstrafe event. 6 Wochen Gefängnis verurteilt. In Nr. 4 des genannten Blatts im Februar dieses Jahres war ein Erlaß der Berliner Eisenbahn-Direktion besprochen, in dem den Eisenbahnbediensteten die Teilnahme an den Versammlungen des Eisenbahner-Verbands bei Strafe sofortiger Entlassung verboten wurde. Dieser Erlaß war als ungesetzlich bezeichnet, weil er das den Arbeitern im § 152 der Gewerbe-Ordnung gewährleistete Koalitionsrecht wiederaufheben wolle.

Das Gericht führte in seinem Urteil aus, daß der § 152 der Gewerbe-Ordnung die Eisenbahn-Arbeiter gar nicht tangiere, weil die ganze Gewerbe-Ordnung nach ihrem § 6 auf Eisenbahn-Betriebe keinen Bezug habe, es schien aber dabei ganz außer Erwägung zu lassen, daß es der Bestimmungen des § 152 Gewerbe-Ordnung gar nicht erst bedurfte, um den Eisenbahn-Arbeitern das Koalitionsrecht zu geben, daß sie vielmehr von selbst auf Grund der Verfassung unbeschränkt besitzen. Hinsichtlich der Koalierung der Eisenbahn-Bediensteten bestanden vor Erlaß der Gewerbe-Ordnung keine Strafbestimmungen, also brauchten dieselben auch nicht durch § 152 Gewerbe-Ordnung aufgehoben werden. Aus diesem Grunde widerspricht der Erlaß der Berliner Eisenbahn-Direktion trotz des § 6 der Gewerbe-Ordnung durchaus der Verfassung. —

Fiskalische Sequenzialität und Sparsamkeit. In Frankfurt a. M. ist eine Plattern-Epidemie ausgebrochen und dabei hat die dortige Justizbehörde ein überaus eigenartiges Verfahren beliebt. Stadtrat Pantenschlager beridete in der Stadtvorordneten-Versammlung über den Verlauf der Epidemie und teilte mit, daß der größte Teil der Kranken aus dem Polizeigebiet bzw. Untersuchungsgefängnis gekommen sei. Der Stadtvorordnete Dr. Marcus erklärte: „Bedauerlich dagegen sei es, daß von der königlichen Staatsbehörde auch jetzt wieder, wie in früheren Jahren, das fiskalische Interesse hervorgekehrt worden sei. Der Staatsanwalt habe die Gefangenen, die blattierenverdächtig waren und beobachtet werden sollten, befreit und durch die Polizei der Stadt zur Heilung überwiesen; er habe ferner der Stadt anheimgegeben, wenn sie wolle, daß die Gefangenen in sanitärer Beziehung überwacht würden, auch dafür zu sorgen.“ Die Stadtvorordnetenversammlung nahm einstimmig eine Protestresolution gegen dieses ebenso billige wie bequeme Abschließungsverfahren an und will Entschädigungsansprüche geltend machen. —

Ausweisungen aus den Reichslanden. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Straßburg gemeldet: Auf Grund eines Gesetzes, wonach das reichsländische Ministerium die Befugnis hat, jeden Ausländer, der in Elsaß-Lothringen reist oder sich daselbst aufhält, über die Grenze zu bringen, wurden aus dem Bezirk Lothringen 38 Ausländer, zumeist italienische und französische Arbeiter, ausgewiesen.

Es ist wünschenswert, daß die reichsländischen Behörden der Deffentlichkeit Auskunft über die Gründe derartigen Ausweisungen erteilen. Schon in früheren Fällen sind bei derartigen Ausweisungen arge Verstoße gegen die internationale Gostfreundschaft vorgekommen.

Neue Kollereien. Aus Nordfriesland sind abermals drei Dänen ausgewiesen worden, ein Kaufmann, ein Totengräber, ein Höfer.

Nöcker germanisiert und er findet es national bedenklich, wenn sich ein Deutscher von einem dänischen Totengräber bestatten läßt. —

Der Stand der Verfassungsdiskussion in Baden.

Aus Karlsruhe wird vom 28. d. Mts. berichtet: Der Bericht der Verfassungskommission über die Anträge der Abg. Wacker (L.) und Dreesbach (Soz.) sowie über die von der Regierung der Kammer vorgelegte Denkschrift über die Zusammenlegung der Ständeversammlung kommt zu folgendem Mehrheitsantrag:

1. Die Kammer wolle den Gesetzentwurf des Abg. Wacker und Genossen zum Wahlsrecht annehmen, der folgenden grundlegenden Hauptparagrafen enthält: „Die Zweite Kammer besteht aus Abgeordneten, die nach Maßgabe der beigegebenen Verteilungstabellen aus allgemeiner direkter Wahl des Volks mit geheimer Abstimmung hervorgehen. 2. Die Kammer wolle den Gesetzentwurf des Abgeordneten Wacker, die Abänderung der Landtagswahlordnung, annehmen, dessen grundlegender Paragraf lautet: Jeder Abgeordnete wird in einem besonderen Wahlbezirk gewählt mit Ausnahme der Abgeordneten der Städte Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim und Freiberg. Jede dieser Städte wählt die ihr zuzurechnenden Abgeordneten in dem gleichen Wahlgang.“

Für den Fall, daß dieser Gesetzentwurf nicht die Zustimmung aller gesetzgebenden Faktoren findet, schlägt die Mehrheit der Kommission vor, den Gesetzentwurf des Abg. Dreesbach (Soz.) und Genossen anzunehmen, der auf dem Proporzionalwahl-system aufgebaut ist.

In Bezug auf die Denkschrift der Regierung stellt die Kommission den Antrag, die Kammer möge erklären, daß in den in der Denkschrift dargelegten Vorschlägen der Regierung eine geeignete Grundlage für eine Verständigung nicht erblickt werden kann.

Was die Reform der Ersten Kammer betrifft, so beschränkt sich die Mehrheit der Kammer auf die Erklärung, daß sie 1. eine solche Reform nicht grundsätzlich von der Hand weist, vielmehr die Reformbedürftigkeit der Ersten Kammer anerkennt, 2. in eine Vermehrung der Mitgliederzahl einwilligen würde unter der Voraussetzung, daß dadurch das Stimmverhältnis der beiden Häuser nicht eine wesentliche Veränderung erfahre, 3. in Uebereinstimmung mit der Regierung eine Aenderung des Budgetrechts zu Gunsten der Ersten Kammer ablehnt.

„Der ewige Widmar“ fertig!

Aus Kiel wird uns geschrieben: Wie schon bekannt, hat der Panzerkreuzer „Fürst Widmar“ Order erhalten, in der nächsten Woche zur Abreise nach Ostasien sich bereit zu machen. So wie die Dinge stehen, wird dieses auch in der nächsten Woche möglich sein. Die Umstände aber, unter denen dieses erreicht wird, erfordern einige Betrachtungen. Der „Widmar“ ist von vornherein als Auslandsschiff gebaut und schon vor seiner am 1. April erfolgten Indienststellung hieß es, daß das Schiff nach Ostasien zur Ablösung eines der dort stationierten Schiffe gehen solle. Die jetzt so plötzlich erfolgte Reise-Order hat also nichts in den ursprünglichen Plänen geändert. Und doch ist noch nie ein Schiff so wenig auf die Abreise vorbereitet gewesen, als wie der „Widmar“. Am 1. April ist das Schiff in den Dienst gestellt, um seine Probefahrten zu unternehmen. Ein Schiff auf seine Probefahrten zu prüfen, geht naturgemäß voraus, daß es fertiggestellt ist. Das traf aber keineswegs beim „Widmar“ zu. Selbst in seinem Probefahrtsverhältnis haben Hunderte von Arbeitern noch an und in dem Schiffe gearbeitet — bis auf den heutigen Tag. Was aus den bisherigen Probefahrten hinsichtlich der Leistungen und Seeigenschaften sich ergeben hat, ist so minimaler Natur, daß zur Beurteilung des Schiffes nicht einmal ein annäherndes, geschweige denn ein abschließendes Resultat sich ergeben hat. Die Mobilmachungs-Order hat nun die sonst noch in keiner Weise beendeten Probefahrten abgebrochen. In den besten, feinsten Monaten des Jahres ist das Schiff einigemal aus dem Hafen gewesen — in keinem Fall länger dem 24 Stunden; wie etwa in bewegtem Wasser oder gar beim schwerem Wetter das außerordentlich hochbordige Schiff sich bewähren wird, darüber weiß man nichts. Jetzt steht, daß jetzt das ganze Achterteil des Schiffes schon in solcher Weise vibriert und beim Gehen der Schrauben erzittert, daß schon erwiegen ist, eventuell noch Verstärkungen am Hoch anzubringen. Beim Vordersteven sind in der letzten Woche eine ganze Reihe schwerer eiserner Winkel als Extraverstärkung angebracht. Wie vor der Indienststellung im März dieses Jahres, so ist auch jetzt wieder die ganze Kraft der Reichswerft auf dieses Schiff gerichtet.

Und wer einmal dieses hastige, überstürzte, gedrängte Arbeiten an diesem Schiffe gesehen hat, der weiß auch, daß eine tadellose Arbeit in allen Fällen nicht die Folge sein kann. Nur fertig, den ewigen „Widmar“ fertig! Ein Vorgelegter treibt den andern. Auch die Privatindustrie hat in den letzten Tagen noch zahlreiche Aufträge für den „Widmar“ erhalten.

Welches die Ursache ist, daß das Schiff so wenig vorbereitet die Auslandsreise antreten wird, ist müßig zu untersuchen.

Hoffen wollen wir, daß der „Fürst Widmar“ seine bevorstehende Reise glücklich beenden möge.

Und wir sind sicher, daß die Bauwerft noch nie so innig den gleichen Wunsch einem ihrer Schiffe mit auf den Weg gegeben hat und geben wird, als wie dem „Fürst Widmar“.

Drei Kronzeugen.

Der Verleger der „Staatsbürger-Zeitung“, Wilhelm Bruhn, der zur Zeit als privater Obermutterungsrichter in Königs weilt, beginnt nun erfreulicherweise sich über sich selbst lustig zu machen. Er teilt nämlich heute seinem Blatt folgende sensationelle Neuigkeit mit:

Eine sehr wichtige Mitteilung, die einzelne Juden schwer belastet, macht Frau Schiller, eine 73jährige Greisin, die bei dem Kupfermeister Meyer wohnt. Der Jude Alex Prinz, der geistig nicht ganz normal ist, daher hier allgemein der „dumme Alex“ genannt wird, hat am Morgen des 18. März, am dem Tage, als nachmittags die Leichenteile Ernst Winters gefunden wurden, Juden schwer belastende Behauptungen gethan. Prinz holt der alten Frau Schiller alle Morgen frisches Wasser aus dem Brunnen. Am Dienstagmorgen, den 18. März, als noch nichts über den Verbleib Ernst Winters verlautete, sagte Prinz in Gegenwart einer andern schon alterdschwachen Frau, Fethle, den Ohnmachtigen Winter haben die Kantoren aus Schlochau, Elbing und der von hier abgeschicktet; in Leivich seinem Keller haben sie es gemacht. Der Schlochauer hat ihm den Hals abgehackt.“ Als Frau Schiller antwortete: „Aber Alex, warum haben sie denn das gethan?“ sagte Prinz: „Das bekommen sie teuer bezahlt!“

Am Nachmittag desselben Tags wurden die Leichenteile Ernst Winters im See gefunden. Der „dumme Alex“ freute sich später, wenn bei Christen Hausnachrichten gewesen waren, immer unbeding. Frau Schiller hat dann öfters zu ihm gesagt: „Die Christen sind ja doch unschuldig, Alex; Du hast uns ja erzählt, wer es gethan hat.“ Frau Schiller, die trotz ihres hohen Alters äußerst rüstig ist, macht einen durchaus glaubwürdigen Eindruck. Auf den Vorwurf hin, warum sie nicht früher diese wichtige Mitteilung gemacht hat, antwortete sie: „Da waren ja schon so viele vernommen und es hat ja doch nichts genutzt.“ Jetzt erst hat sie von ihrer Kenntnis Mitteilung gemacht. — Der „dumme Alex“ hat in seiner Dummheit hier den Verräter gespielt, bevor irgend jemand wußte, ob Winter überhaupt ermordet sei. Der Schlochauer Kontor-Hamburger war am 11. März in Königs, das ist erwiesen; der Königer Heymann ist, was allgemein auf sich, gleich nach dem Mord von hier verzogen. Prinz wird heute sicher seine früheren Mitteilungen bestreiten. Hier muß die Behörde unbedingt zusehen. Die Zeugin Frau Schiller ist zweifelslos ohne wahrheitsliebend.

Der Verdacht wird hier wieder erneut auf den Leivichschen Keller als Thabor gelenkt. Die Moskoffische Aussage und die der Frau Koch werden von durchaus einwandfreier Seite bestätigt; es kommt hiernach also nicht, wie ich annahm, das Schlochau der Synagoge in Betracht, sondern die Beweise für Leivichs Keller

als Ort der Mordthat werden um eine wesentliche Aussage vermehrt. Das alte deutsche Sprichwort: „Kinder und Narren sagen die Wahrheit!“ findet hier seinen Platz.

Wilhelm Bruhn.

Eine lustigere Parodie auf das antisemitische Ermittlungsverfahren läßt sich nicht ausdenken, als Herr Wilhelm Bruhn hier in aller Einfachheit liefert. Er selbst nennt die drei Zeugen seiner sensationellen Enthüllung: eine 73jährige Greisin, eine andre schon alterdschwache Frau und ein jüdischer Greis, der „dumme Alex“, jüdisch Gewordene und Schwachköpfige von Geburt sind die Gewährleute des Herrn Wilhelm Bruhn — Kinder und Narren sagen die Wahrheit!

Wie wohl und geistesverwandt muß sich der Obermutterungsrichter in dieser Gesellschaft der Wahrheit fühlen! —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

§ 14. Die „Wiener Jtg.“ meldet, ermächtigt eine kaiserliche Verordnung auf Grund des § 14 die Regierung zur Forterhebung der Steuern, Abgaben und zur Bestreitung des Staatsaufwandes bis zum Ende des Monats Dezember 1900. — Ein kaiserliches Handschreiben an den Ministerpräsidenten bestimmt das Verhältnis der Beitragsleistung zur Bestreitung des Aufwandes für die gemeinsamen Angelegenheiten mit 66 $\frac{2}{3}$ Proz. für die österreichischen Länder und 33 $\frac{1}{3}$ Proz. für die ungarischen Länder. —

Italien.

Die Kammer nahm mit 276 gegen 74 Stimmen das provisorische Budget für einen Monat an und beschloß, über den Entwurf der neuen Geschäftsordnung am Sonntag zu beraten. —

Afrika.

Vom Boerentrieg.

Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Pretoria vom 28. d. M. berichtet über einige unbedeutende Scharmügel und über Auslieferungen von Waffen seitens der Boeren.

Dem „Daily Telegraph“ wird aus Pretoria den 28. d. M. telegraphiert: Seit Sonntag bemäht sich General French auf dem linken Flügel, General Hamilton auf dem rechten und die 11. Division im Centrum, die Stellung des Feindes auf den Höhen 15 Meilen östlich von Silverton zu umzingeln. Ein dreitägiger Kampf hat stattgefunden, aber Dienstag nacht rühte der Feind östwärts längs der Delagoabahn ab. Die englischen Verluste betragen insgesamt gegen 150 Mann; man hofft, daß es General Buller gelingt, den Boeren den Rückzug abzuschneiden.

Der internationale Kohlengräber-Kongreß.

Paris, 28. Juni.

Am dritten Verhandlungstag kam zunächst zur Beratung die Haftpflicht der Unternehmer für Unfälle.

Beir-England befragte die englische Resolution, die die Haftpflicht für alle Unfälle unter und ober Tage verlangt. Das bestehende englische Haftpflichtgesetz sei ungenügend, besonders werde es in der Anwendung von den Richtern zum Nachteil der Arbeiter ausgelegt.

Beugnot-Frankreich legt ein französisches Unfallgesetz aus, daß die Höhe der Entschädigungssumme dem Verlesenen der Richter überlassen bleibe. Redner führt Fälle willkürlicher richterlicher Entscheidungen an. In Frankreich seien 1898 unter 297 000 Kohlengräbern 284 tödlichen Unfällen unterlegen, die Zahl der Verwundeten sei beträchtlich. Die Unfallentschädigung müsse ganz den Unternehmern auferlegt werden.

Sus-Deutschland legt das deutsche Unfallversicherungs-Gesetz auseinander, welches er für minder mangelhaft hält als das französische und englische.

Caprot-Belgien sagt, daß die internationalen Kongresse das Votum eines Unfallgesetzes überall beschleunigt hätten, mit Ausnahme Belgiens. Seit 1898 bleibe ein bezüglicher Gesetzentwurf in einer Kommission begraben. In den letzten zehn Jahren hätte in Belgien die Zahl der tödlichen Unfälle etwas abgenommen. Das ist der Agitation der Arbeiterpartei für ein Haftpflichtgesetz zu verdanken.

Die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Im Beginn der Sitzung übermittelte die Pariser Arbeitsbörse dem Kongreß eine Einladung zu einem Ehrenempfang im Gebäude der Arbeitsbörse. Der Empfang soll am Sonntag stattfinden.

Am Donnerstagabend veranstalteten die selbstständigen sozialistischen Departemental-Abteilungen einen Kommerz zu Ehren der Delegierten.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die Frage der Alterspensionen verhandelt. Parrot-England befragte die Einführung von Alterspensionen als eine sittliche und materielle Pflicht ersten Ranges. Man behandle alte Arbeiter wie alte Pferde. Redner kritisiert die bezügl. Zustände in England, wo ein alter Arbeiter, der Armenunterstützung erhält, das Wohlrecht verliert, und fordert die Entfaltung einer kräftigen Agitation für die Reform.

Corard-Frankreich beantragt die Herabsetzung des pensionsberechtigten Alters, das im englischen Resolutionsvorschlag auf 60 Jahre festgesetzt ist, auf 55 Jahre, wie das bereits in Frankreich für die Bergarbeiter Gesetz ist. Es gebe nicht an Pensionen erst dann zu bewilligen, wenn die Arbeiter mit einem Fuße im Grabe stehen, wie in Deutschland, wo das Pensionalter mit 70 Jahren eintritt. Es gebe in Frankreich keine Kohlengräber, die 70 Jahre alt würden. Der letzte Kongreß der französischen Kohlengräber habe überhaupt jede Altersbedingung abgelehnt und sich für eine Pension von mindestens 2 Fr. täglich nach 25 Arbeitsjahren ausgesprochen. Die Pensionen müßten gänzlich von den Unternehmern bezahlt werden, gebe es doch im Pas-de-Calais Gesellschaften, die jährlich einen Reingewinn von 70 Millionen Franks einheimsten.

Callewart-Belgien spricht im gleichen Sinne wie der Vorredner. Mit 50 Jahren schon sei der Bergarbeiter ein Greis. Eine Enquete im Süden von Charleroi habe gezeigt, daß unter 1000 Kohlengräbern zwischen 50 bis 55 Jahren 345 arbeitsunfähig seien, darunter die Mehrzahl mit schweren Krankheiten behaftet. Redner kritisiert das belgische Spottgesetz, welches im Alter von 65 Jahren 18 Cts. pro Tag bewilligt.

Sus-Deutschland hebt gegenüber den Anspielungen Corards die günstigen Seiten der deutschen Versicherungs-Gesetze hervor, namentlich den Versicherungs-Vorteil, für den die Socialdemokratie eingetreten sei, während die Unternehmer dagegen seien. In England aber lehnten gerade die Gewerkschaften den Versicherungs-Zwang ab. Es genüge nicht, nur auf Kongressen von politischer Aktion zu sprechen, wie die Engländer es thun; sie sollten auch in England selbst für diese Aktion sorgen. Gäbe es in Deutschland 1 $\frac{1}{2}$ Millionen organisierte Arbeiter, so hätte man dort viel bessere Versicherungsgesetze erlangt, als in England. Zum Schluß bittet Redner die Engländer, für eine selbstständige politische Arbeiterpartei zu sorgen, wie sie in Deutschland, Frankreich und Belgien bestehen. (Bei der Uebersetzung dieser Stelle ins Englische ruft ein Teil der Engländer: „Hör! Hör!“)

Vor der Abstimmung entspinnt sich ein Zwischenfall. Franzosen und Belgier protestieren gegen die Anführung des Alters von 60 Jahren im gedruckten englischen Resolutionsvorschlag, da auf der Brüsseler Vorbereitungs-Konferenz vom Alter überhaupt keine Rede gewesen sei. Pidar-England behauptet das Gegenteil und stellt die Vertrauensfrage. Die belgischen und französischen Delegierten erklären ihre volle Zufriedenheit mit den Vorbereitungsarbeiten Pidar zum Kongreß, es seien aber doch Mißverständnisse möglich. In der Abstimmung wird die gemäß dem französisch-belgischen Antrag berichtete Resolution (Pensionsalter von 55 Jahren) angenommen gegen die Stimme von Corde-Voire und Carmaux, der ein Pensionsalter von 50 Jahren wünscht.

Die Sitzung schließt wie üblich, mit der Wahl des Bureaus für den nächsten Tag. Das Bureau wechselt nämlich jeden Tag.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgebung.

Bei der neuen Ruhegehaltsliste für die Angestellten der Großen Strassenbahn sowie der westlichen und südlichen Vorortbahn findet heute, Sonnabend, den 30. Juni, die erste Mitgliedererversammlung statt. Die Mitgliedererversammlung besteht nach den Satzungen der Kasse aus den Vertretern der Kassenglieder und der Betriebsunternehmer. Für die Wahl der Vertreter waren die Mitglieder in fünf Abteilungen geteilt: 1. das Central-, Betriebs- und Kontrollbureau sowie die Kasse; 2. die Controlleure, Bahnmeister, Journgemeister und Expedienten; 3. die Angestellten jedes Bahnhof; 4. die Werkstättenarbeiter; 5. die Beschäftigten im Hoch- und Tiefbau. Jede Abteilung wählt für sich für je 100 Mitglieder in gesondelter Wahlhandlung je einen Vertreter. Die Wahl der Vertreter erfolgt auf drei Jahre. Der ersten Mitgliedererversammlung liegt insbesondere die Wahl der vier Mitglieder des Vorstands ob, welche von den Kassengliedern zu delegieren sind, während die andern vier Vorstände von der Direktion ernannt werden. Die Zahl der Vertreter beträgt etwa 45. Der Mitgliedererversammlung liegt ferner die Prüfung der Jahresrechnung, die Entlastung, die Verfolgung von Ansprüchen, welche von der Kasse gegen Vorstands- und Ausschussmitglieder erwachsen, die Beschlußfassung über die Bemessung der Beiträge, alle Aenderungen der Satzungen etc. ob. Eine ordentliche Mitglieder-Versammlung findet in der Regel alljährlich statt. Eine außerordentliche Versammlung hat der Vorstand einzuberufen, wenn solche von der Direktion beantragt oder vom Vorstand einstimmig beschlossen oder $\frac{1}{3}$ der Kassenglieder verlangt wird. Der Magistrat ist befugt, sich durch einen Kommissar vertreten zu lassen.

Deutsches Reich.

Schwere Ahndung der Beleidigung eines Arbeitswilligen heischte dieser Tage die Staatsanwaltschaft in Arnstadt. Dort sollte ein Gerber Namens Remhold zwei andre Gerber, die im Sommer vorigen Jahres bei einem Lohnkampf die Rolle Arbeitswilliger gespielt hatten, dadurch beleidigt haben, daß er den einen mit „schänderhaftem Blick“ angesehen, vor ihm ausgepöbelt und im Vorbeigehen zu dem andern gesagt habe „Psui, Du Balg!“ Der Staatsanwalt hatte im öffentlichen Interesse Strafantrag gestellt und mit Rücksicht auf den in den vorjährigen Lohnstreitigkeiten liegenden Anlaß der Beleidigungen die Kleinigkeit von zwei Monaten Gefängnis beantragt. Die Strafkammer erachtete jedoch nur eine solche Beleidigung für vorliegend und erlachte demgemäß auf 20 M. Geldstrafe.

Streitposten stehen großer Aufregung. Der Magistrat des thüringischen Städtchens Böhnd hat sich anlässlich des Raurestreiks veranlaßt gesehen, durch eine Bekanntmachung zu demonstrieren, daß auch Magistratspersonen nicht gefast sind, sich um Kundgebungen des Reichstags zu kümmern, selbst wenn dort die wichtigsten Rechts- und Verfassungsfragen erörtert werden. Hätte der Magistrat der guten Stadt Böhnd die juristischen Gutachten der Herren Passermann, Spahn und Müller-Antingen — von den socialdemokratischen Juristen gar nicht zu reden — und selbst die Anweisungen des Herrn Nieberding vom 11. Juni d. J. gelesen, so würde er sich nicht versucht gefühlt haben, folgende Bekanntmachung zu erlassen:

Bekanntmachung.

Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß das Streitpostenstehen als eine Uebertretung des § 300 Biff. 11 des Reichs-Strafgesetzbuchs sich darstellt und mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft wird.

Böhnd, den 18. Juni 1900.

Der Magistrat.

Dr. jur. Plagge.

Wenn der Grob-Unsug-Paragraf genüge, um den § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung ganz einfach illusorisch zu machen, so würden Lübeck, Neuchâtel usw. nicht erst ihr Special-Zuchthausgesetz entgegen dem Reichsrecht nötig gehabt haben.

Verlorene Streiks. Der Streik bei der Firma Schneewind in Viehdorf ist zu Ungunsten der Arbeiter beendet. Es handelte sich in diesem Falle um Sein oder Nichtsein der arbeitslosen Textil-Organisator von Wachen und Umgebung. Der Fabrikant Schneewind hatte bekanntlich seiner Zeit verlangt, daß seine Arbeiter einen Nevers unterschreiben sollten, daß sie sich jeder Agitation zu enthalten haben, und selbstverständlich keiner Organisation angehören dürfen. Aus Mangel an Unterstützung mußten die Arbeiter zu Kreuze kriechen und den Nevers unterschreiben. Ein Schlag für die arbeitslose Textilarbeiter-Organisation, von welchem sie sich so leicht nicht erholen wird.

Gleichzeitig kommt die Kunde aus Dären, daß auch dort bei der Firma Schöller der Streik beendet sei, und ebenfalls zu Ungunsten der Arbeiter.

Der Streik hat 17 Wochen gedauert. Auch hier war ungenügende Unterstützung und dadurch hervorgerufene Fahrenflucht einiger Streikenden der Grund zu der Niederlage. Zum Schutz der „Arbeitswilligen“ war ein Streikern an der Fabrik stationiert.

Ein großer Teil der Streikenden wird nicht mehr eingestellt und erhält überhaupt in Dären keine Arbeit mehr. Die Fabrikanten haben sich verbündet und wollen ein Exempel statuieren. Auch haben die Wiedereingestellten sich verpflichtet müssen, der Organisation den Rücken zu kehren.

Die Düsseldorf Strassenbahner regen sich nun ebenfalls. Sie hielten eine Versammlung ab, in welcher ein Strassenbahner zunächst die Beschwerden des Dienstes schilderte und dann die Lohnverhältnisse besprach. Das Höchstegehalt von 165 M. pro Monat erreichte man leider erst nach 25 Jahren. Da möge die Verwaltung lieber 150 M. Höchstegehalt geben, aber 20 Pf. pro Tag Lohn mehr in jährlicher Steigerung einretreten lassen. Die Versammlung wählte eine sechsgliedrige Kommission, die mit der Verwaltung unterhandeln soll. Dieser Tage findet abermals eine Strassenbahner-Versammlung statt. Die gestrige schloß man mit — einem Hoch auf den Oberbürgermeister.

Katholische Arbeitervereine und Krankenkassen. Der Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, die am 24. und 25. Juni tagte, nahm auf Vorschlag des Arbeitersekretärs Wiesberts folgende Resolution an:

„Der sechste Delegiertentag erklärt als eine wichtige Aufgabe der katholischen Arbeitervereine, mehr wie bisher dafür zu wirken, daß tätige Arbeiter in die Vorstände der Krankenkassen gewählt werden. Diese haben sodann auf eine gute Verwaltung und möglichen Ausbau der Wirksamkeit der Kassen hinzuwirken. Durch sociale Unterrichtskurse sind solche Arbeiter entsprechend zu schulen, die gewählten Vertreter sind nach Möglichkeit in Arbeitervertreter-Vereinen zusammenzufassen.“

Diese Aufgabe erscheint um so wichtiger, als demnächst eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung in Aussicht steht, bei welcher die weitere Ausdehnung des Reiches der Versicherten, die Verlängerung der obligatorischen Unterstützungsdauer auf 26 Wochen, die Einführung einer (beschränkten) freien Arztwahl und möglichste Sicherung der Selbstverwaltung der Kassen mit Erhaltung der bisherigen Rechte der Arbeiter zu erstreben ist. So weit, so gut. Dann wurde aber beschlossen, dafür einzutreten, daß nach dem Vorschlag des Geheimen Rats Hoffmann in Berlin die Arbeiter in Zukunft nur zur Hälfte in dem Vorstand und der Generalversammlung vertreten sein dürften. Die Arbeitgeber hätten unbedingt die Hälfte der Mitglieder des Vorstands und der Generalversammlung für sich zu beantragen, weil der bisherige Zustand verhältnismäßig dazu geführt habe, daß Socialdemokraten sich der Verwaltung der Kasse bemächtigt und ihre „Obergenossen“ in die besoldeten Posten gedrückt hätten. Es wird also mit dem roten Lappen gewinkt, um die katholischen Arbeiter auch in dieser Frage wieder zu Schlepptagern des Unternehmertums zu machen. Sollten das übrigens wirklich Arbeiter gewesen sein, die aus Furcht vor der

Socialdemokratie ihre bisherigen Rechte den Unternehmern freiwillig zu fügen legen?

Eine Metallarbeiter-Konferenz für das Rheinland fand am 24. Juni in Aachen statt und beschäftigte sich mit der Anstellung eines Vertrauensmanns für das Rheinland und mit dem Wunschscheiben des Hauptvorstands des Metallarbeiter-Berbands betreffs Raiffeier.

Eine Konferenz für Rheinland und Westfalen, welche Neujahr 1900 in Eberfeld getagt, hatte nämlich beschlossen, für jede der beiden Provinzen einen selbstständigen Vertrauensmann anzustellen, um die industriellen Bezirke genügend bedauern zu können. Der Hauptvorstand ignorierte den Beschluss und erklärte die Anstellung eines Vertrauensmanns für beide Provinzen für genügend. Von sämtlichen Delegierten, welche 25 rheinische Wahlstellen vertraten, 7 keimten waren nicht vertreten, wurde des Verhalten des Hauptvorstands mißbilligt.

Ferner kam nun ein Wunschscheiben des Vorstands an die Verwaltungsbearbeiter betreffs des 1. Mai zur Besprechung. In diesem Schreiben teilte der Vorstand mit, daß der Verband für keinerlei Folgen, welche aus dem Feiern des 1. Mai entstünden, eintrete. Auch hier erklärte sämtliche Delegierte, daß der Vorstand kein Recht habe, in einer derartigen Weise vorzugehen. Besonders scharf wurde folgende Redebeiträge in dem Schreiben verurteilt: „Der Verband, der die Aufgabe hat, durch positive Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse die Lage seiner Mitglieder zu heben, kann seine Mittel nicht leere Demonstrationen opfern.“

Es wurde schließlich beschlossen, zu beantragen, den Punkt „Raiffeier“ auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen.

Die Regensburger Maurer haben einen vollkommenen Sieg errungen. Nach vierzehntägiger Dauer des Streiks sahen sich die Unternehmer gezwungen, nachzugeben; die Forderungen der Arbeiter sind in allen wesentlichen Punkten bewilligt.

Ausland.

Der Streik der dänischen Eisenbahn-Arbeiter hat sich über das ganze Land ausgebreitet.

In **Mergem** (Belgien) legten am Mittwoch, den 27. Juni sämtliche Glasarbeiter (Flaschenmacher) wegen Differenzen mit der Firma die Arbeit nieder und werden die Kollegen ersucht, bis auf weiteres den Zugang streng fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. J. A.: Carl Seig, Vorsitzender des Vereins der Glasarbeiter zu Mergem.

Der Wilsner Schuhmacherstreik ist, wie und vom „Socialdemokratischen Arbeiterbund von Polen und Litauen“ mitgeteilt wird, zu Gunsten der Arbeiter beendet. Am 25. Juni ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden. Unterdessen wütet die Polizei. Nachts 22/23. Juni fanden zahlreiche Verhaftungen statt. Es befindet sich auch ein Groß-Unternehmer (nach Wilsner Mahstab selbstverständlich, er hat ca. 50 Arbeiter) in Haft. Seine Kollegen haben ihn denunziert, daß er mit den Arbeitern gemeinsame Sache macht, weil er einer der ersten war, der die Forderungen der Arbeiter bewilligte. Die Stadttheile, wo die Schuhmacher wohnen, wimmeln von Spiegeln. In der Wohnung des Hauptspiegels logieren fünf Kofaken, um ihn vor der Rache der Arbeiter zu schützen. Lebensmittel für seine fünf Schutengel verlangt er unentgeltlich von den Nachbarn, Kaufleuten, die empört sind über diesen Tribut. Vor ein paar Tagen sind zwei Mädchen auf der Straße diesem Spiegel mit einer Leibgarde von Kofaken begegnet und aus Furcht vor ihm in ein Nachbarhaus geflüchtet. Das ganze Haus wurde durchgegrüht und die Mädchen samt ihren Freundinnen, die sie zu verbergen versucht haben, arretiert.

Aus der Frauenbewegung.

Als wahrer Beruf der Frau wird von den bürgerlichen Schreibern befamlich noch immer die häusliche Arbeit, die Pflege der Kinder und die Sorge für das Behagen und die Bequemlichkeit des Mannes bezeichnet, obwohl Millionen und Abermillionen von Frauen in den Comptoirs, der Hausindustrie, den Fabriken, ja selbst an Bonten und auf den Kohlengruben den männlichen Arbeitern Konkurrenz machen müssen. Die Meldung, die durch oberflächliche Blätter geht, daß auf Gothaardschacht die Arbeiterin Anna Kuhne aus Orzegow zwischen zwei Wagen geraten und zu Tode gequetscht worden ist, lenkt wieder einmal die Aufmerksamkeit darauf, daß in frommen Oberschlesien noch 3800 Frauen und Mädchen zwischen Kohlenhaufen und Schmelzöfen, beschmugt vom Kohlenstaub, mit verbrannten, ruffigen Gesichtern, mit Lange und Streckammer hantieren müssen. Die mit Gineßsch langen, wohlgepflegten Fingerringe auf der Chaiseloung sich langweilende Salonbame und die Kohlenverladerin mit ihren schwieligen und zerklüfteten Händen veranschaulichen vortrefflich den sozialen Kontrast im herrlichen Gegenwartstaat! —

Sociales.

Die Baukontrolle in München wird vom 1. Juli an unter Zuhilfenahme von Arbeitern ausgeführt. Die Controlleure erhalten 1800 M. Jahresgehalt. Bezüglich der Auswahl der Baucontrolleure teilt die „Münchener Post“ mit, daß sowohl die Baumeister-Vereinigung als auch die Bauarbeiter-Schutzkommission (Gesilfenvertretung sämtlicher Baugewerke) ersucht wurden, je 12 Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Aus diesen 24 Vorschlägen werden Lokal-Baukommission und Magistrat demnächst die Auslese bezw. engere Wahl treffen. Im Interesse einer geordneten Baukontrolle liegt es, daß die Wahl auf Leute fällt, die den an sie gestellten Anforderungen voll und ganz entsprechen vermögen, damit das neugeschaffene Institut die gestellten Erwartungen auch erfüllt.

Wofür kein Geld da ist. Zu den wohlthätigsten sozialen Einrichtungen, die sich in neuerer Zeit eingebürgert haben, gehören die Ferienkolonien für kränkliche Schulkinder. Die Mittel für die Ferienkolonien werden zum Teil aus kommunalen Mitteln, zum Teil aus Beiträgen gemeinnütziger Stiftungen oder mildthätiger Privater aufgebracht. Leider stehen die vorhandenen Mittel meist nur in keinem Verhältnis zu der Zahl der kränklichen Kinder, die einer Erholung in den Ferienkolonien bedürftig wären. So berichtet ein bürgerliches Leipziger Blatt:

Die zu untersuchen den Kranken waren alle kränklich und schwächlich. Fast alle dieichichtig, eine große Anzahl war kropflos, viele hatten Herzfehler oder Luftröhrenkatarrh, manche waren Lungenleidend. Wie mancher hatte Vater oder Mutter oder Geschwister oder gar Vater und Mutter an der tödlichen Lungenschwindsucht verloren. Andre hatten im vergangenen Winter Scharlach, Lungenentzündung oder Diphterie durchgemacht. Wie selten sah man einen normalen Brustkasten! Schwer war die Sichtung und doch mußte es sein. 334 wurden als im höchsten Grade bedürftig bezeichnet, darunter wurden 22 für ein Soolbad vorgeschlagen. 175 wurden auch als sehr bedürftig bezeichnet, und nur 23 waren etwas weniger bedürftig. 88 waren nicht erschienen, vielleicht sind sie krank —

Würde man auch nur einen kleinen Teil der sechs Milliarden, die unlängst der Reichstag für Panzerfahrzeuge bewilligt hat, für Sanatorien und Ferienkolonien bewilligen, wie anders könnte es um die Volksgesundheit stehen. —

Eine gefährliche Augenkrankheit (die Körnerkrankheit) ist nach Untersuchung sämtlicher Bergleute der Schächte Kaiserstuhl I und II durch 8 Ärzte konstatiert worden. Die zusammen 2700 Arbeiter umfassende Belegschaft wies 37 Fälle dieser ansteckenden Krankheit nach, 65 Fälle wurden als der Körnerkrankheit verdächtig konstatiert. Jedenfalls müssen Vorkehrungen gegen diese Krankheit ergriffen werden. Weiter sollen auf sämtlichen Ruhrzechen Arbeiter aus Siebenbürgen und Belgien wegen der unter ihnen sehr

verbreiteten Barmkrankheit nicht mehr eingestellt werden; die Maßregel erstreckt sich überhaupt auf den ganzen Ober-Bergamtsbezirk Dortmund. Wenn die Einstellung sich aber durch die hergehende Arbeiternot erforderlich macht, so muß hierzu die Bergbehörde Genehmigung von Fall zu Fall eingeholt werden. Diese Leute müssen alsdann auf Barmkrankheit hin in einem inländischen Krankenhaus untergebracht werden; sobald Barmkrankheit konstatiert wird, erfolgt die Anweisung auf Kosten der betreffenden Zechen. Die Herbeiziehung fremder Arbeitskräfte kann also den hiesigen Zechen recht lohnspiegelig werden; doch sind jedenfalls die getroffenen Vorsichtsmaßregeln im Interesse der Volksgesundheit und der einheimischen Bergleute nur am Platze.

Veranstaltungen.

Der Streik der Veltener Töpfer wurde am Donnerstag in einer Verbandsversammlung der Berliner Töpfer besprochen. Schmidt aus Veltens schilderte die Ursachen des Lohnkampfes, die im Vorwärts bereits ausführlich dargelegt worden sind. Der Redner wies zum Schluß darauf hin, daß der Versuch, Einigungs-Verhandlungen herbeizuführen, bis jetzt vergebens gewesen sei. Da die Veltener Arbeiter ohne Ausnahme solidarisch zusammenhalten, so sei ein günstiger Ausgang des Lohnkampfes zu erwarten. Redner ermahnte um die Solidarität der Berliner Kollegen, die auch von allen Rednern, die in der Besprechung das Wort nahmen, zugesichert wurde durch Annahme der folgenden Resolution bekräftigt wurde:

Die Versammlung spricht den in Veltens für die Aufbesserung ihrer Lage kämpfenden Kollegen ihre volle Sympathie aus, erwartet, daß sie fest zusammenhalten, damit der Sieg ein vollständiger werde, und verspricht, den Streik moralisch und materiell zu unterstützen. Als erste Rate werden den Streikenden 1000 M. aus dem Berliner Lokalfonds bewilligt, und der Beitrag zu demselben während des Streiks auf 50 Pf. wöchentlich erhöht. Die Vertreter in der Berliner Gewerkschaftskommission werden ersucht, bei derselben die Unterstützung des Veltener Streiks zu beantragen.

Hierauf wurde die Sperrung der Firma Schöffel besprochen. Bei dieser Gelegenheit äußerte der Vorsitzende sich abfällig darüber, daß der „Vorwärts“, nachdem die Organisation die Sperrung beschlossen, ein Inserat aufgenommen habe, worin fünf bei der gesperrten Firma arbeitende Töpfer die Sperrung für ungültig erklärten. Ehe der „Vorwärts“ ein solches Inserat aufnahm, hätte er sich wenigstens deswegen mit der Organisation in Verbindung setzen sollen. Weiter wurde festgestellt, daß die Sperrung, ungeachtet des Protestes der bei Schöffel Arbeitenden, fortbesteht. Die Versammlung beschloß, daß die fünf Töpfer, welche das vorhin bezeichnete Inserat im „Vorwärts“ unterzeichnet haben, aus dem Verband auszuschließen sind, und daß auch die andern, welche noch bei Schöffel arbeiten, soweit sie dem Verband angehören, gleichfalls auszuschließen werden sollen, wenn sie nicht bis Montag die Arbeit niedergelegt haben.

Die deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft, Verwaltungsstelle Berlin, hielt am Montag, den 25. Juni, eine beschließende Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht vom Kongress; 2. Erziehungswahl; 3. Bericht des Kartell-Delegierten; 4. Bericht der Zeitungs-Kommission; 5. An die Ortsverwaltung gelangte Anträge; 6. Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Morike Bericht vom Kongress. Zweck des Kongresses sei gewesen, die Stellung festzulegen, welche nach dem Aufheben des Verbindungsverbots der Vereine einzunehmen sei, da ja, wie bekannt, sich die großen Verbände auf den neutralen Standpunkt stellten und auch die Ausführungen des Genossen Bedel keinen Zweifel ließen, welche Richtung jetzt die neutralen Organisationen einzuschlagen gebähten. Dem gegenüber hätten die Teilnehmer des Kongresses an den früheren Anschauungen festgehalten, daß Gewerkschaften und Politik zusammengehören und sich gegenseitig zu ergänzen hätten. Nachdem der Referent noch die verhandelten Einzelheiten der Verhandlungen erörtert, beispielsweise auf die Beschlüsse betreffend die „Raiffeier“ hingewiesen und zur regen Agitation und Förderung unserer Sache aufgefordert, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 25. Juni er. tagende Versammlung der Verwaltungsstelle Berlin der deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft erklärt sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden und verpflichtet sich, für die Durchführung derselben Sorge zu tragen.

Der 2. Punkt, Erziehungswahl, wurde durch Wahl des Kollegen Winter zum Schriftführer der Ortsverwaltung, erledigt. — Der 3. Punkt mußte ausfallen, da der Delegierte anderweitig abgehalten war. Es wurde statt dessen, auf Wunsch der Kartell-Delegierten, eine Neuwahl für dieselben vorgenommen und die Kollegen Rasenad zum ersten, Orwilo zum zweiten Delegierten gewählt. Zum 4. Punkt gab Kollege Böhm den Bericht. Derselbe legte den Versammelten nochmals alle Gründe dar, welche die Anschaffung einer Zeitung notwendig machen. Die Kommission empfiehlt zur Deduktion der Kosten, welche hierdurch entstehen, der Verwaltungsstelle Berlin einen Extrabeitrag von pro Monat 5 Pf. zu erheben. Nachdem über diesen Punkt eine sehr lebhafteste Debatte gepflogen, wurden folgende Anträge angenommen:

1. Dem Vorstand wird aufgegeben, in möglichst kurzer Zeit für die Einführung einer Zeitung Sorge zu tragen. (Einstimmig.)
2. Zur Deduktion der Kosten wird ein monatlicher Extrabeitrag von 10 Pf. erhoben. (Mit geringer Mehrheit.)

Zum 5. Punkt lagen mehrere Anträge vor, welche das Ortsstatut ergänzen sollen. Nach längerer Diskussion wurde zum § 3 folgender Zusatzantrag angenommen: Nichtorganisierte erhalten nach Lage der Verhältnisse Unterstützung, jedoch ist es Pflicht eines jeden Metallarbeiters, sich schon vorher zu organisieren, um sich dadurch seine volle Berechtigung an den statutenmäßig festgesetzten Unterstützungen zu erwerben.

Die übrigen Anträge wurden teils abgelehnt, teils durch Gründung der Zeitung hinfällig.
Unter Verschiedenem wurden mehrere Gewerkschafts-Angelegenheiten erörtert; ferner wurde zur Einzeichnung zu den Gewerkschafts-Wahlen aufgefordert.

Der Verband des technischen Wägenpersonals nahm in seiner Mitgliederversammlung vom 23. Juni den Bericht über die Organisationsbestrebungen der Hamburger Kollegen entgegen. Nach demselben haben sich die dortigen Kollegen in einer öffentlichen Versammlung für den Anschluß an den Berliner Verband erklärt. In der hierauf folgenden konstituierenden Mitglieder-Versammlung traten über 60 Kollegen dem Verband bei. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Alex. Löwenstein gewählt. Abdam wurde bekannt gegeben, daß im Neuen Theater vier Arbeiter wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt haben. Sie verlangten pro Abend 1.50 M., was ihnen aber abgelehnt wurde. Ein Antrag, ein Flugblatt an sämtlichen Wägen zu verbreiten, wurde angenommen.

Eine Branchenversammlung der Bausticker tagte am 28. Juni bei Lohn, Deutstraße. Der Referent Jendel führte aus: Daß bei Beendigung des Möbelschleier-Streiks man allgemein der Ansicht war, und auch jetzt noch ist, daß die erhöhten Maschinenpreise, welche die Fabrikbesitzer festgesetzt hatten, von den Meistern zu tragen seien. Die einsichtsvolleren Meister, speziell die, welche der freien Vereinigung angehören, sträubten sich auch dagegen nicht. Um nur etwas Festes zu erzielen, haben die Kollegen der 18er-Kommission festgestellt, was vor dem Streik für die einzelnen Positionen bezahlt worden ist. Redner verliest diese. Bei außergewöhnlichen Arbeiten soll der Meister das Schneiden und Hobeln selbst bezahlen. In der recht regen Diskussion sprachen sich fast alle Redner im Sinne des Referenten aus, nur eine Position wurde demängelt. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme dieser von der Kommission aufgestellten Sätze (mit Ausnahme der Jaloussienfenster) für die Verarbeitung des Holzes und werden die Kollegen der Wägen-Kommission beauftragt, mit den Meistern darüber Verhandlungen zu pflegen.

Charlottenburg. In der am 26. Juni abgehaltenen Mitglieder-Versammlung des Centralverbands deutscher Maurer hielt Kollege W. Schulze einen beifällig aufgenommenen Vortrag über den Zweck und Nutzen des Centralverbands. Redner stellte fest, daß es mit Hilfe des Verbands gelungen sei, in den meisten Orten,

wo noch 12 bis 13 Stunden gearbeitet wurde, die Arbeitszeit unter gleichzeitiger Lohnherabsetzung, auf 10 bis 11 Stunden festzulegen; in 14 Orten betrage die Arbeitszeit nur noch 9 Stunden. Zur nächsten Aufgabe habe es sich der Verband gemacht, sobald wie möglich in Orten, wo mehr als 10 Stunden gearbeitet werde, die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabzubringen und dementsprechend auch den dort gezahlten Lohn von 22 und 25 Pf. auf mindestens 30 bis 35 Pf. zu erhöhen. Der Verband zählt jetzt 90000 Mitglieder, welche auf 900 Wahlstellen verteilt sind. Disziplin fand nicht statt. Koll. Schulze erstattete alsdann Bericht über die am 12. Juni vorgenommene Baukontrolle. Demnach wurden kontrolliert 789 Bauten mit 8401 Kollegen. Davon erhalten 977 Kollegen einen Stundenlohn von 65—70 Pf., 7328 einen solchen von 62 1/2 Pf. und 98 einen solchen unter 62 1/2 Pf. Außerdem wurden noch 28 Bauten ermittelt, wo 348 Accordmänner beschäftigt sind. Den Vertragsbestimmungen annähernd genügt 687 Baubanden und leider nur 223 Aborte. Im weiteren wurde eine Angelegenheit, den früheren Kassierer betreffend, zur Rechtfertigung des Gesamtvorstandes erledigt. Ein Kollege wurde hierauf wegen Accordmännern ausgeschlossen; außerdem wurde einigen Kollegen das Ueberstundemachen verboten. Nachdem noch einiges über die Sitzungen der Wahlstellen-Vertreter bekannt gegeben, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das weitere Gedeihen des Verbandes geschlossen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 1. Juli, vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstr. 27c: Versammlung „Freireligiöse Vereinigung“. Um 10 1/2 Uhr vorm. ebenfalls; Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Sechle: „Die Armen und Unfreien.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Abgeime Kranke- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 6, Hamburg, Filiale Berlin 4). Sonnabend, den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Fritz Wille, Andrastr. 26.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Unser Verluste bei Tientsin.

Berlin, 20. Juni. Von dem Chef des Kreuzergeschwaders, Vice-Admiral Bendemann, ist heute folgendes Telegramm über Tschifu eingegangen: Kapitän Usedom meldet: Expeditionscorps nach Tientsin zurückgekehrt bei außerordentlichen Anstrengungen. Leistungen unsrer Leute vorzüglich.

Gefallen sind: Kapitän Buchholz, Matrosen Lauffen, Zimmermann, Appermann von „Kaiserin Augusta“, Matrose Baag von „Gertha“, Matrosen Oedeke, Riel, Visser, Herbst, Oding, Tedermann von „Hansa“.

Schwer verwundet: Kapitänleutnant Schleyer, Schuhstruktur Unterhaken, Oberleutnant Krohn Schrapnellschuß in linkes Auge, Oberleutnant Lustig Lungenchuck, Lieutenant Pfeiffer Ellenbogenchuck, Oberanitätsmaat Burmann von „Hansa“, Matrose Grase von „Gertha“, Geiger Otto von „Gefion“.

Leicht verwundet: Kapitän v. Usedom, Oberleutnant Jerffen, beide ganz leicht und (verfümmeltes Wort). Im übrigen Gesundheitszustand des Landungs-corps gut. Von Gefandnen keine Nachricht. Expedition von Langfang zurückgekehrt, nicht in Peking gewesen. gez. Bendemann.

Der Krieg in China.

Berlin, 20. Juni. (W. Z. V.) Der Chef des Kreuzergeschwaders meldet vom 27. d. M. aus Taku: Von der Front keine Nachrichten. Der am 25. Juni gemeldete Verlust von Seesoldaten beträgt nach späterer Meldung: 1 Offizier, 12 Mann tot, 23 Mann verwundet. Namen fehlen bis jetzt.

London, 20. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Das englische Auswärtige Amt hat die auf eine dem Tientsiner Zollamt aus Peking zugekommene Meldung sich gründende Nachricht erhalten, daß die Geländschaften noch in Peking seien.

London, 20. Juni. (W. Z. V.) Unterhaus. Auf eine Anfrage Gibson-Bowles gibt Unterstaatssekretär des Meeres, Fredrick, eine Depesche des englischen Konsuls in Tientsin bekannt, welche die englischen Verluste bei der von Seymour befehligten Truppe, die am 28. Juni mit dem Entsatzcorps eingetroffen sei, wie folgt meldet: Hauptmann Begis von der Marine-Artillerie tot, sieben Offiziere verwundet, 24 Mann tot, 91 verwundet. Die Verlustziffern der Abteilungen der übrigen Mächte seien noch nicht vollständig beizammen, doch werde der Gesamtverlust auf 62 Tote und 212 Verwundete angegeben. Was die Lage der Geländschaften angehe, so seien der Regierung verschiedene Nachrichten zugegangen, von diesen deute jedoch die neueste darauf hin, daß sie noch in Peking seien.

Marinevorlage in der französischen Kammer.

Paris, 20. Juni. (W. Z. V.) Deputiertenkammer. Bei der Beratung der Vorlage über die Vernehmung der Flotte verteidigt der Marineminister Lanessan die Regierungsvorlage und führt aus, Frankreich habe große Panzerschiffe nötig, um die französischen Küsten zu verteidigen und es braucht Kreuzer, um die Kolonien zu schützen. Torpedoboote und unterseerische Boote seien von Nutzen, aber man könne mit ihnen allein die Küsten nicht verteidigen. Finanzminister Caillaux tritt für die Vorlage vom finanziellen Standpunkt aus ein und meint, das Budget mit seinen normalen Hilfsquellen sei wohl im stande, ein neues Opfer von 25 Millionen jährlich zu bringen, was die Vorlage enthalte. Rimond bringt eine Gegenvorlage ein, deren erster Paragraph die Gesamtansgabe auf 619 Millionen anstatt 476 Millionen festsetzt. Diese Gegenvorlage wird mit 384 gegen 160 Stimmen verworfen und die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Kriegsdebatte im englischen Unterhaus.

London, 20. Juni. (W. Z. V.) In der Budgetkommission des Unterhauses stand heute ein Antrag auf Einbringung eines nominalen Nachtragkredits von 5 Pfd. Sterl. zur Ergänzung der Sanitäts-Einrichtungen des Heers zur Beratung. Burrell-Goulds beklagte sich über die Leiden, denen Verwundete und Kranke in Südafrika infolge der Unzureichlichkeit der Sanitäts-Einrichtungen ausgesetzt seien. Darauf erwiderte der Unterstaatssekretär des Kriegs Widdham, es sei richtig, daß Verwundete und Kranke in Bloemfontein fürchterlichen Beschwerden ausgesetzt gewesen seien, doch habe die Regierung nicht unterlassen, um die mit dem Kriege unvermeidlich verbundenen Beschwerden in einem nie zuvor gesehenen Maße zu mildern. Die aufgetretenen Mängel seien nicht die Folge von Mangel an Vorräten gewesen, sondern von unüberwindlichen Schwierigkeiten, das Material an die Stellen, wo sie gebraucht wurden, zu schaffen. Wie zuvor sei in so ausgedehntem Maße für die Beschaffung von Lazarett-Betten in Kriegszeiten gesorgt worden. Die Sterblichkeit an Typhus während des südafrikanischen Kriegs habe nur 21 Proz. von der in die Lazarette aufgenommenen Zahl betragen. Im Russisch-Japanischen Krieg sei die Verhältniszahl 28 Proz. gewesen, im Matabele-Feldzuge 32 Proz., im Chitral-Kriege 28 Proz., in Indien im Jahre 1867: 27 Proz. — Widdham besprach sodann die ungeheuren Schwierigkeiten des militärischen Transportwesens während des russischen Vormarsches des Lord Roberts. — Er betonte, daß in der in der Rede stehenden Zeit Bloemfontein nicht der Stützpunkt für ein in vollkommener Sicherheit gelegenes Hospital sein konnte, denn die Verbindung der englischen Flotte und der Küsten waren bedroht, und es fanden tägliche Kämpfe statt, so daß die Beförderung des Sanitätsmaterials unmöglich war. Diese Darlegung erachte er für ausreichend, um die von Burrell-Goulds dargelegte Sachlage zu rechtfertigen.

Sofia, 20. Juni. (W. Z. V.) In ganz Südbulgarien herrscht fürchterliches Unwetter, welches den gesamten Saatbestand vernichtet. Ueber hundert Personen wurden vom Blitzschlag und Hagel teils getötet, teils verwundet.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Die Mitglieder der Lokalkommission von Berlin und den Vororten werden darauf hingewiesen, daß die nächste Lokalliste am 8. Juli erscheint. Meldungen über Neuaufnahmen und Veränderungen müssen spätestens am 3. Juli in den Händen der folgenden Parteigenossen sein: für Berlin: Karl Schatz, Brangelstr. 110; für Nieder-Varnim: Paul Kette, Lichtenberg, Bringen-Aller 20a; für Teltow-Weeslow: Hermann Quitt, Mildorf, Hoberstr. 82, v. IV; für Potsdam-Schlabelland: Ernst Dierger, Spandan, Molkestr. 3; für Ober-Varnim: H. Salomon, Wriezen a. O. Die Lokalkommission.

Abnung, Schönhauser Vorkast! Montag findet bei Bernau, Schwedersir. 23/24, eine Vollversammlung statt, in welcher Stadterordneter Genosse H. Borgmann über die städtische Verwaltung und die Arbeiterinteressen einen Vortrag hält. Da die Sozialfrage, die Steuer- und Straßenbahnfrage auf der Tagesordnung steht, wird zahlreiche Beteiligung erwartet. Zu dieser Versammlung findet Sonntag, früh 8 Uhr, eine Handzettel-Verbreitung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zur Verbreitung recht zahlreich bei Schönfeld, Fehrbellinerstr. 9, einzufinden. Der Vertrauensmann.

Mariendorf. Endlich ist die Reuwall für die ungültig erklärte Wahl unseres Parteigenossen, Buchdrucker Hermann Schüttelap, ausgesprochen. Für die Abhaltung einer Wahlversammlung steht uns leider kein Lokal im Ort zur Verfügung und so mußten wir uns mit der am 24. Juni in Marienfelde stattgefundenen Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins begnügen, in welcher Schüttelap auch wieder einstimmig aufgestellt wurde. Im übrigen sind wir einzig und allein darauf angewiesen, durch Flugblätter die Wähler aufzurufen. Parteigenossen, nur unsere eigene Kraft kann uns wieder zum Sieg verhelfen; darum heran zur Arbeit, zum tätigen Mitwirken! Sonntag, den 1. Juli, findet eine Flugblattverbreitung statt; die Genossen werden ersucht, sich hierzu recht zahlreich um 7 1/2 Uhr bei Ebel einzufinden.

Aus Waidmannslust wird uns mitgeteilt, daß die Mitglieder-Versammlung am 1. Juli ausfällt, da der Herr Streckenbach sein Lokal nicht mehr hergeben will und der Partei am Ort kein anderer Versammlungsraum zur Verfügung steht. Mit aller Gewalt soll die sozialdemokratische Organisation am Ort gepflegt werden, ein Plan, der allerdings mißglücken wird, da die Mitgliederzahl des Vereins von Quartal zu Quartal zunimmt und die Parteigenossen mit regem Eifer weiter für ihre Organisation agitieren. Auch ist Aussicht, daß trotz allem bis zur nächsten Mitglieder-Versammlung in der Lokalfrage Abhilfe geschaffen ist.

Tokales.

Zu den Gewerbegerichtsahlen weiß die „Volks-Zeitung“ folgendes zu berichten: Die diesjährigen Gewerbegerichtsahlen im Herbst dürften insofern eine Ueberraschung bringen, als diesmal zum erstenmal die christlichen Gewerkschaften in geschlossener Schaar aufmarschieren und sich an der Wahl beteiligen werden. Die Einzelgewerkschaften in die Wählerlisten, die mit dem heutigen Tage abgeschlossen sind, haben den Beweis erbracht, daß mit einer Massenbeteiligung an dem Wahltermin im Monat September gerechnet werden muß. In der Klasse der Arbeitnehmer wollen die unter dem Namen „Kartell christlicher Gewerkschaften Berlins“ vereinigten Mitglieder der vielen in letzter Zeit entstandenen evangelischen, katholischen und gemischten Arbeitervereine den Sozialdemokraten die bisher beherrschten Bezirke streitig machen. Kürzlich fand eine Besprechung der Vorstände im Reochplatz statt, in der eine Agitation auf breiter Grundlage beschlossen wurde. Welche Stellung die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine diesmal bei der Gewerbegerichtswohl einnehmen, ist (wie ein Berichterstatter wissen will) eine offene Frage. Eine Strömung in diesen Vereinen arbeitet darauf hin, daß die Gewerbevereine ohne weiteres für die sozialistischen Kandidaten eintreten sollen; andre einflußreiche Mitglieder befürworten ein Kartell mit den christlichen Gewerkschaften.

Eigentlich sollten die paar Mitglieder der christlichen Gewerkschaften froh sein, daß in den sozialdemokratischen Gewerbegerichts-Verfassungen durchaus pflichteifrige und unparteiische Vertreter auch ihrer Rechte und Interessen vorhanden sind. Aber wenn die Herren — unbetweglich im Verein mit einigen Hirsch-Dunderschen — sich bei den Wahlen im September durchaus blamieren wollen, so steht es der großen Masse der Berliner Arbeiterkassen nicht zu, sie an diesem Vorhaben zu hindern.

Warum steigen die Mieten? Auf diese Frage aus Hausbesitzerkreisen eine Antwort zu hören, mag sich immerhin der Aristokrat halber lohnen. Vor kurzem hatte ein Blatt „Deutsche Reform“ auf die Wohnungsnot in Berlin hingewiesen und die bekannte Tatsache beleuchtet, daß hier 152 493 Wohnungen existieren, die nur ein heizbares Zimmer haben, daß hiervon 46 141 Wohnungen von 5 bis 9 Personen bewohnt sind, daß über 100 000 Menschen in Kellerwohnungen haften und daß Kraußheit, Rot und Elend die direkte und indirekte Folge der enorm in die Höhe geschraubten Mietpreise sind.

Diese Zustände beruhen noch einer Entlastung der „Schl. Haus- u. Ztg.“, die wir in der hier erscheinenden „Haus- und Grundbesitzer-Zeitung“ abgedruckt finden, auf Unwahrscheinlichkeit und Ueber-treibung; und mit den wahren Ursachen des Wohnungselends verhält es sich nach dem genannten Blatt folgendermaßen:

Das Schwindeln der wahren Religiosität, die Zunahme der Völlerei und Trunksucht, der Nierbergang von Tugend und Glauben, das Sinken der Moralität und guten Sitte in allen Kreisen unseres Volks, unter Hoch und Niedrig, das jahrelange Verhökchen aller veredelnden Institutionen: der Ehe, des Hauses, der Familie, der christlichen Erziehung, Schule und Kirche, der herrschende Materialismus und Kapitalismus, die tolle Jagd unserer Zeit nach Genuß, Ehre und Reichthum als den allein glücklich machenden Gütern, der herrschende Geist der Lüge und der Ungerechtigkeit, teilweise auch die Befreiung der letzten Jahrzehnte, dies alles sind die wahren Ursachen des vorhandenen Elends. Statt dies aber anzuerkennen, schiebt man die Schuld einem Stande in die Schuhe — dem der Hausbesitzer.

Es ist es wenigstens ein Trost zu wissen, daß die Hausbesitzer in dem Fall, daß die Bevölkerung sich wieder der wahren Religiosität zuwendet, auch mit den Mietpreisen herabgehen oder mindestens von ferneren Steigerungen absehen werden. Denn diese Steigerungen sind von den Herren beileibe nicht aus Habgier, sondern nur deswegen vorgenommen worden, um der Bevölkerung für ihren Mangel an Religion gewissermaßen einen Denzettel zu geben.

Die Kulturaufgaben leiden nicht. Ueber die Einrichtung moderner Kinder-Krankenhäuser sprach vorgestern Professor Dr. Adolf Wagner, der Direktor des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhauses, vor den zu einer Besichtigung dieses Krankenhauses eingeladenen Mitgliedern der „Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege“. Der Redner hatte bereits im Jahre 1883 ein sehr ausführliches Programm betreffs des Baus eines Kinder-Krankenhauses entwickelt und die Notwendigkeit dieser Einrichtung sowohl wegen der eigentümlichen Art der Verpflegung der Kinder wie auch der unumgänglichen strengen Isolierung der infektiosen Patienten dargelegt. In den Grundzügen waren für das oben genannte Krankenhaus vier Pavillons für Scharlach, Masern, Diphtherie und Keuchhusten vorgesehen, eine Quarantänestation für dubiose Formen, eine innere und eine chirurgische Abteilung; für die Säuglinge war vorläufig nur eine poliklinische Behandlung ins Auge gefaßt. Nach unglücklichen Schwierigkeiten und erst auf

Grund einer Spende der Kaiserin Friedrich konnte im Jahre 1890 mit der Ausführung des Baus begonnen werden, der heute leider noch nicht vollendet ist. Es fehlen noch das Verwaltungsgebäude, das Mittelgebäude zur Aufnahme innerlich Kranker, die jetzt im chirurgischen Pavillon mit untergebracht sind, und die Pavillons für Masern und Keuchhusten; für die beiden letzteren sind kleine Baracken errichtet, ebenso mußte, da eine poliklinische Behandlung sich nicht als durchführbar erwies, eine eigene Baracke für Säuglinge errichtet werden. In interessanter Weise berichtete Redner an dem Beispiel des ihm unterstellten Hospitals über die peinliche Sorgfalt, mit welcher die Verhütung einer Infektion der kranken Kinder unter einander angestrebt wird, so daß die große Gefahr einer Verbreitung etwaiger Keime fast absolut ausgeschlossen ist. Sehr kostspielig ist die Ernährung der kranken Kinder; ein Liter sterilisierter Milch kommt der Verwaltung auf 35 Pf. zu stehen. Von der Errichtung des Hauses bis zum Ende des Jahres 1899 wurden in den klinischen Abteilungen 19 337 und in der Poliklinik 81 223 kranke Kinder behandelt; in einem Jahr wurden allein 1023 Säuglinge poliklinisch behandelt. In erfreulicher und dankenswerter Weise haben die städtischen Behörden die Wünsche der Krankenhausverwaltung erfüllt. Erst vor zwei Jahren haben sie einen benachbarten Streifen Land im Betrage von 200 000 M. erworben, um eine Verbanung des Krankenhauses zu verhüten. Außerordentlich bekräftigt bleibt es dagegen, daß eine private, thätkräftige und opferwillige pekuniäre Initiative für das Hospital bisher nicht hat erreicht werden können, so daß es heute noch, nach fast zehnjährigem Bestehen, vis-à-vis du rien steht und sein dauerndes Bestehen nicht verbürgt werden kann.

Da auf die unshere private Hilfe wohl kaum zu rechnen ist, gebietet es sich unserer Ansicht nach für die Stadt, das Kinderkrankenhaus sicher zu stellen.

Zwei Mietkontrakte bis zum Jahre 2000 sind kürzlich hier abgeschlossen worden, nachdem durch die Bestimmungen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs die Möglichkeit einer solchen Kontrakt-dauer ausdrücklich sanctioniert worden ist. Die altbekannte Simonsche Apotheke in der Spandauerstraße und die Weinhandlung von Wischer u. Casparj haben Mietverträge abgeschlossen, welche bis zum Jahre 2000 reichen. Die Abschlüsse zeugen von starkem Glauben in den Bestand der heutigen Gesellschaftsordnung.

Die Berliner Stadthunde, die gegenwärtig versammelt ist, hat sich gegen das Projekt des „Central-Südwest-Friedhofes“ erklärt.

Das Magistratskollegium hat beschlossen, daß das abgebrannte Haus der Heimstätten für Genesende in Heinersdorf sofort wieder aufzubauen werde. Im wesentlichen wird der jetzige Umfang des Gebäudes erhalten bleiben, nur die haupolizeilichen unzulässigen Einrichtungen sollen durch ordnungsmäßige ersetzt und die 2. Treppe durch das ganze Haus durchgeführt werden. Eine kleine Verneuerung der Bettenzahl wird dadurch eintreten, daß die bisherige im Hause befindliche Obergärtnerwohnung verlegt und dieselbe für die Heimstätten Verwendung findet.

Für eine zweite Erholungsstätte für kranke Arbeiter, die vom „Roten Kreuz“ errichtet werden soll, hat der Magistrat eine Beihilfe von 2000 M. zugesagt.

Warnung für Kellner. Das Polizeipräsidium teilt mit: „Great Attractions Company Limited, Berlin, Paris, London“ lautet die Firma einer gar nicht vorhandenen Genossenschaft, die durch Anzeigen im „Kaiser Wiener Extrabl.“ für ihre angeblichen Etablissements in London und Paris gegen hohes Gehalt Kellner und andre Angestellte sucht. Dem Schwindler, der sich Dr. v. Josephy nennt, ist es um die Anthonien der Kellner zu thun gewesen; es gelang, den Menschen in London festzunehmen. Geschädigte wollen sich an die Kriminalpolizei wenden.

Ein Opfer der Straßenbahn. Auf der Straßenbahn ist gestern mittag am Wühlendamm ein 30 Jahre alter Waler Georg Radow schwer verunglückt. Er wurde von einem elektrischen Wagen umgestoßen und ein starkes Begeß gelitten. Dabei erlitt er einen Schädelbruch, eine starke Quetschung des Brustkorbs und zahlreiche leichtere Quetschungen und Abschürfungen. Bestimmunglos wurde der Verunglückte, nachdem man ihn mit Mühe unter dem Wagen hervorgeholt hatte, von einem Schuttmann des 1. Meviers nach der Charité gebracht. Seine Wohnung und sonstigen Verhältnisse sind nicht bekannt; der Name würde aus einer Versicherungsliste festgestellt.

Das Polizei-Präsidium teilt mit: Am Montag, den 25. d. M., ist in einem Koffenfeld bei Stenglau, Kreis Tirschau, die Arbeiterfrau Hoffmann aus Klein-Malsau tot aufgefunden worden. Die Leichenöffnung hat ergeben, daß der Tod durch ein an ihr begangenes Sittlichkeitsverbrechen herbeigeführt worden ist. Der Thät dringend verdächtig erscheint der russisch-galizische Arbeiter Martin Letwandowski, 30 bis 40 Jahre alt, ca. 1.80 Meter groß, stark und kräftig gebaut, dunkles Haar, kleinen schwarzen Schnurrbart, fertig polnisch und deutsch sprechend, um dessen Festnahme ersucht wird. — Dem in der Nacht vom 22. zum 23. d. M. Hermsdorf ermordeten Kutscher Skude ist eine alte guttliche Eylinder-Schlafschiff mit der Nummer 4254 und der Reparaturnummer B. 5495 geraubt worden.

Zu dem kürzlich gebrachten Bericht über die Fabrik-Landpartie der Firma Stern erhalten wir von dem Vergütungskomitee des Geschäftes eine Zuschrift, in der mitgeteilt wird, daß die Kosten durch die von den Arbeitern erhobenen Beiträge nicht gedeckt worden sind und 150 M. von der Firma zugestehen werden mußten, daß das Lokal Raufschangwerber selbständig vom Komitee gewählt worden ist, daß diejenigen vier Personen, die die Partie nicht mitmachten, das Geld zurückgezahlt werde und daß ferner von Abstimmung über die Wahl des Lokals in der Fabrik keine Rede gewesen sei. Wir wollen uns in eine Erörterung dieser Angelegenheit nicht weiter einlassen, bemerken aber nochmals, daß das genannte Lokal der Arbeiterkassen zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht und daß das Komitee diesen Umstand schon aus Solidaritätsgefühl hätte berücksichtigen sollen.

Eine Schuhwaren-Diebstahlsbande ist durch die hiesige Kriminalpolizei aufgehoben worden. Schon seit längerer Zeit gingen der Behörde Mitteilungen über Einbrüche und Gelegenheits-Diebstähle zu, von welchen Schuhwarengeschäfte und Lederhandlungen betroffen wurden. Ende vorigen Monats wurde beispielsweise ein Einbruch bei dem Lederhändler Stern, Frankfurter Allee 130, verübt, bei dem die Diebe sich Schilde in Werte von ca. 1000 M., welches sie auf einem Handwagen fortgeschafft, aneigneten. Wenige Tage später wurde ein dem Lederhändler Michaelis gehöriger Koffwagen, der vor dem Hause an der Stadtbahn 20 hielt, entführt. Der Wagen wurde später in der Oberbergerstraße aufgefunden, doch fehlte die Ladung desselben. Koffenleder im Werte von circa 900 M. Gleich darauf wurde ein Diebstahl in der Landsbergerstraße verübt. Die Schuhwaren-Firma Jeylaff u. Co., Landsbergerstr. 67, hatte einen Koffen Schuße bekommen und ließ die Kiste, in der die Ware verpackt war, vor dem Ladeneingang stehen. Diese Kiste wurde am hellen, lichten Tage gestohlen. Zwei Männer hatten die Gelegenheit abgewartet, bis sich eine größere Zahl von Kunden im Geschäft befand. In den die Kiste auf einen Handwagen und saßen davon. Die zahlreichen Augenzeugen des Vorfalles glaubten natürlich, daß die Diebe Angestellte der Firma seien. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß ein Schuhmacher aus der Turnstraße in Moabit einen Keller gemietet und dort diverse Schuhwaren untergebracht hatte. Diese rührten zum Teil von dem Diebstahl in der Landsbergerstraße her und ebenso wurden dort die dem Lederhändler Stern gestohlenen Waren vorgefunden. Der Mieter des Kellers wurde in Haft genommen und mit ihm der

Arbeiter B., der nachweislich bei den Diebstählen beteiligt war. Die weiteren Nachforschungen führten die Kriminalpolizei zu dem Kaufmann H. von Weinbergberg, welcher an Schuhmacher Schläger zu billigen Preisen abgab. Bei ihm wurde ein Teil des dem Lederhändler Michaelis gestohlenen Koffenleders entdeckt. Da H. in einem sehr jenseitigen Verleher mit dem Schuhmacher B. in der Fehrbellinerstraße stand, so widmete die Polizeibehörde auch diesem besondere Aufmerksamkeit und so konnte sie feststellen, daß der Beobachtete nicht nur einen ganz bedeutenden Handel mit fertigen Schuhwaren betrieb, sondern auch weit über seine Verhältnisse lebte. Bei einer Hausdurchsuchung wurde nicht nur der Rest des dem Michaelis gestohlenen Leders, sondern auch ein Koffen anderer Lederarten, sowie fertiges Schuhwerk vorgefunden, welche zweifellos aus Diebstählen herrühren dürften. Die gestohlenen Schuhwaren wurden von den Diebieren zum großen Teil nach außerhalb geschafft, teils aber auch auf Märkten im Einzelverkauf „verhökert“. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen; es ist wahrscheinlich, daß außer den bis jetzt festgenommenen vier Personen noch mehrere bei den Diebstählen beteiligt sind.

Mord und Selbstmord. Ein blutiges Drama ereignete sich gestern abend in der 10. Stunde in der Friedenstraße. Im Hause Nr. 77 dortselbst wohnt der Kolonialwarenhandler Gottlieb Gleicher, dessen Tochter ein Liebesverhältnis mit einem gewissen Schneeweiß unterhält. Aus einer noch unauferlegten Veranlassung versuchte Schneeweiß gestern abend das Mädchen mit einem Revolver zu erschießen, traf aber statt ihrer den dazwischentretenden Vater tödlich. Darauf richtete Schneeweiß die Waffe gegen sich selbst und tötete auch sich durch einen zweiten Schuß.

Mit fünfhundert Mark durchgebrannt. Der Handlungslehrling Franz Lankl, welcher seit kurzer Zeit im Hugo Stangenschen Reisebureau als Schreiber thätig war, verschwand vorgestern abend mit einer Summe von 500 M., welche er dem stellvertretenden Kassierer auf eine raffinierte Art abzuswindeln wußte, indem er demselben Posteingahlungen, die das Signum der Firma trugen, präsentierte unter Hinweis, daß er von dem Chef beauftragt sei, dieselben einzuzahlen. Koch am selben Abend spielte er das Postbuch als „Mister ohne Wert“ der Firma zurück.

Drei Ertrunkene. Beim Spielen ist der 6 Jahre alte Sohn Otto des Straßenbahn-Wagenführers S. a. l. o. vom Luisen-Über 55 ertrunken. Der Knabe spielte vorgestern nachmittag mit mehreren andren gegenüber der elterlichen Wohnung am Kanal und wollte von einer feineren Ladentyppe aus mit seiner kleinen Gießlampe Wasser schöpfen. Dabei verlor er das Gleichgewicht und stürzte ins Wasser. Gestern fand ein Schiffer die Leiche in der Nähe der Unfallstelle, als er mit dem Vater nach ihm suchte. Die Gießlampe hielt der Ertrunkene fest. — Beim Baden ertranken gestern ferner vorgestern abend der 33 Jahre alte Arbeiter Karl Blasing aus der Müllerstr. 25. Blasing pflegte sich, wenn er am Nordhafen abgeladen hatte, in dem Sidkanal beim Norddeutschen Lagerhof zu baden. So auch vorgestern abend nach 7 Uhr. Als er sich erst kurze Zeit im Wasser befand, sah ein Schiffer, der mit seinem Kahn im Kanal ankert, ihn plötzlich untergehen. Er stellte gleich Rettungsversuche an und fand auch den Unterergegangenen. Der Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. — Die Leiche einer unbekanntes Frau wurde gestern mittag gegen 12 Uhr auf der Ebene am Bahnhofs Thiergarten gefunden. Schiffer sahen um diese Zeit den Leichnam auf dem Wasser treiben und benachrichtigten die Polizei, welche die Ueberführung nach dem Schauhause veranlaßte.

Hilfslos aufgefunden wurde vorgestern nachmittag von einem Schuttmann auf dem Bürgersteig in der Triftstraße ein Mann Namens August Weigel. Der Mann war bewußtlos und starb in der Charité bald nach der Entleerung, ohne wieder zur Bewußtsein gekommen zu sein, anscheinend an einer Gehirnblutung. Näherlich war er nicht bezeugt.

Zwei Unfälle ereigneten sich gestern auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof. Der Arbeiter Fischer aus der Thierstraße 45 wurde beim Wälden von einem herabfallenden schweren Ballen getroffen und zog sich einen Oberschenkelbruch zu. — Der 29 Jahre alte Waler Jost aus der Thierstr. 13 brach mit einem Gerüst zusammen, fiel aus der Höhe eines Stockwerks hinab, schlug mit dem Unterleib auf einen Kibel auf und erlitt schwere innere Verletzungen. Die beiden Verunglückten erhielten von einem Arzt der Rettungswache I in der Frankfurter Allee die erste Hilfe und wurden dann mit einem kühnen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Das Victoria-Theater am Alexanderplatz hat jetzt seine Pforten geschlossen. In den Räumen will sich mit Beginn der neuen Saison die Secessionsbühne aufhaken. Bühnen und Zuschauerraum sollen neu eingerichtet werden.

Tropen-Sternwarte. Mit dem 1. Juli erscheint der Mond wieder auf dem Beobachtungsprogramm der „Tropen-Sternwarte“; der Trabant wird schon abends 8 Uhr mit dem Nierenfernrohr beobachtet. Sonnabends abend 9 Uhr und Sonntagnachmittag 5 Uhr wiederholt Direktor Rechenholz auf Wunsch den mit zahlreichen Bildlinsen angestatteten Vortrag: „Die Beobachtung der totalen Sonnenfinsternis in Argier“. Das Thema für den Sonntagsvortrag um 7 Uhr lautet: „Der Mond im Tropen-Sternwarte“. Außer dem Mond werden auch die Venus am Tage und Jupiter und Saturn abends gezeigt.

Sportplatz Friedenau. Zur Teilnahme an dem dreitägigen Meeting sind der Amerikaner Ellis und der Franzose Tullor aus Paris bereits wieder am Sportplatz Friedenau eingetroffen, wo wieder das lebhafteste Training im Gange ist. Außerordentlich geizig ist man diesmal auf das 10 und 20 Kilometer-Rennen am nächsten Sonntag, in welchem sich bekanntlich R. Scherz und Rossi den Ausländern entgegenstellen.

In Road's Sommer-Theater. Brunnstr. 16, tritt am 1. Juli ein Programmwechsel ein. Wie und die Direktion mittels, hat sie die Sängerin Roselli, den Centric-Akrobaten Krebs und andre Kräfte engagiert; ferner werden als Lustspiel-Novitäten Villus Geburding und „Der Herzogsherr“ gegeben.

Die im neuen Vogelhaus des Zoologischen Gartens befindliche reichhaltige Sammlung lebender Papageien beherbergt einen bemerkenswerten Vertreter südamerikanischer Tierpapageien, welcher zu der im Gebiet der oberen Parana lebenden Art Eucinetus pileatus gehört. Man nennt sie im Vogelhandel: Scharlach-Läpfe, weil bei den Männchen die ganze Kopfplatte und eine Binde unter den Augen schön rot gefärbt ist. Diese Vögel gehören zu den kleineren Papageien und haben einen kurzen Schwanz, dessen Federn ziemlich spitz sind. In der Hauptfärbung sind sie grün gefärbt, mit blauer Zeichnung am Flügelbug und Flügelrand, an den Handdecken und an der Schwanzspitze. Die Weibchen haben statt der roten Kopfzeichnung nur einen bläulichen Schimmer auf der Stirn und am Kinn. Der Schnabel ist sehr klein. Keun Arten dieser Gattung leben in Südamerika. — Bemerk sei, daß morgen im Zoologischen Garten 25 Pfennig-Tag ist.

Im Thalia-Theater findet am Sonntag die letzte Aufführung der Anhaltungsoper „Am Himmel“ statt, da das Theater in den ersten Tagen des Juli zum Zweck eines Gastspiels an eine fremde Gesellschaft verpachtet ist.

Aus den Nachbarorten.

Die städtische Parkeputation unserer Nachbarstadt Charlottenburg hat einen wichtigen Beschluß gefaßt. Es sollen nach und nach in allen Straßen, in denen die Anpflanzung von Bäumen möglich ist, die Trottoirs mit je einer Baumreihe befestigt werden, sobald sie eine Breite von 6,5 Meter haben, während in den Straßen mit einer Breite der Trottoirs von 11 Meter und mehr doppelte Reihen von Bäumen angepflanzt werden sollen. Der Stadtverordneten-Versammlung wird nach den Herren eine entsprechende Vorlage zugehen. Die Anregung zu dieser auch in hygienischer

Sinnsicht bedeutungsvollen Verschönerung Charlottenburgs hat Oberbürgermeister Schupfner gegeben. In den an Berlin angrenzenden Stadtteilen sollen mit Bäumen besetzt werden bzw. doppelte Baumreihen erhalten der Charlottenburger Teil der Beussel, die Sutenberg, Wiebe, Wahrenthaler, Ansbacher, Kalkreuth, Postfauer- und Warburgerstraße. Im ganzen sollen sich die Anpflanzungen vorläufig auf 23 Straßen erstrecken.

Von einem Wüstling in Förfsterform wurde vor einigen Tagen im Walde bei Wamsee die 13-jährige Tochter des Bahnarbeiters Bischoff in abscheulicher Weise mißbraucht. Die Richter der Ortspolizeibehörden aus den benachbarten Gemeinden haben nun dazu geführt, daß ein Cladower Einwohner wegen der abscheulichen That in Verdacht geraten ist. Im Mittwoch brachten deshalb zwei Gendarmen die kleine Bischoff und deren jüngeren Bruder mittels Dampfers nach Cladow, um eventuell den Übeltäter zu relognoszieren.

Einen Selbstmordversuch auf offener Straße machte gestern in Reinickendorf der Kleiner Pospich, der an Verfolgungswahnsinn leidet. Der Mann bildet sich ein, daß radfahrende Kriminalbeamte ihn verfolgen, um ihm den Kopf abzuschneiden. Als er nun gestern in Reinickendorf zwei Radfahrer auf sich zukommen sah, hielt er sie wieder für seine Verfolger und wollte ihnen zuvorkommen, indem er sein Taschenmesser zog und sich den Hals abzuschneiden versuchte. Die Radfahrer sprangen ab und entwanden mit Hilfe von andren Leuten, die dazu kamen, dem Geisteskranken das Messer. Ein Gendarm brachte ihn darauf nach Berlin in ein Krankenhaus.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Rixdorf stellte in ihrer gestrigen Sitzung dem Magistrat zur Dedung mittelbarer Polizeikosten 1000 Mark zur Verfügung. Es handelt sich besonders um Kosten der polizeimäßigen Unterbringung sphyllitischer Prostituirter in Krankenanstalten. Für die Ausarbeitung eines Projekts über die Aufstellung von Fenermeldern wurden 350 Mark bewilligt. — Der Kreisaußschuß des Kreises Teltow verlangt von der Stadtgemeinde Rixdorf die unentgeltliche Hergabe von Rixdorfer Terrain für die Zweiglinie Brix-Treptow des projektierten Teltowkanals. Der Zweigkanal soll die zu Rixdorf gehörenden Jubeuweisen, Küsterlaken und die Köllnische Höhe durchschneiden. Der Magistrat hat nun versucht, die beteiligten Grundbesitzer zur Hergabe des Terrains zu bewegen. Zustimmungserklärungen sind bereits eingegangen, aber noch nicht in solcher Anzahl, daß die Stadt gesichert ist. Der Magistrat schlägt nun der Versammlung eine Separation vor, die möglich wird, nachdem eine sachverständige Kommission ihr Gutachten abgegeben hat. Die Stadtverordneten erklärten sich mit der Einsetzung einer solchen Kommission einverstanden und nahmen die erforderlichen Beschlüsse vor. Sozialdemokratischerseits wurden Ostermann und Wittsche hindelegiert. Die Kommission soll sich zugleich mit der Regulierung der Grenze zwischen Rixdorf und Treptow befassen. — Die Hundesteuerordnung wurde in der Fassung der „Rusterordnung“ angenommen. Der Steuerbetrag beträgt bis zum 1. April 1901 pro Jahr 15 M., von da ab 20 M. — Die Stadt, Rahmig und Genossen (Kommunalreformler) haben beantragt, den für Schülerversuche unter Aufsicht von Lehrern bestimmten, mit gärtnerischen Anlagen versehenen Spielplatz an der Leistungstraße während der Ferien der Allgemeinheit der Kinder zu überlassen. Der Antrag fand aus zweifelhafte Gründen vielfachen Widerspruch. Stadt, Regierung (Soz.) erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion selbstverständlich mit dem Antrage wegen seines Grundgedankens sympathisire. Indessen könne man ihn nur unter der Bedingung zustimmen, daß die Kinder dort ihre Spiele unter Aufsicht von Lehrern ausführen. Das Spielen auf solchen Plätzen müßte erzieherisch wirken, es müsse jemand darauf Einfluß ausüben, und dazu seien Lehrer die geeignetsten Personen. Leute aus dem Armenhause mit der Aufsicht zu betrauen, wie Rahmig vorgeschlagen habe, wäre geradezu verwerflich. Den Antragstellern gegenüber, die zum Beispiel gegen die Schul-Druckerei gestimmt hätten, könne Redner das leise Nitztrauen nicht unterdrücken, daß sie nur bezweckten, die Kinder von ihren Höfen fernzuhalten und nicht den Kindern selber zu nützen. — Herr Rahmig rühmte sich hierauf seiner „Liebe für die Jugend“. — Bürgermeister Voigt gab bekannt, daß auch während der Ferien auf dem fraglichen Platz Schülerversuche unter Aufsicht von Lehrern stattfinden würden. Die Mittel könnten aus den für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Fonds entnommen werden. Hiermit ist die Anregung Meyerans erledigt. Da ein kleiner, nahebei gelegener Platz für kleinere Kinder hergerichtet wird, zogen Rahmig und Genossen ihren Antrag zurück und beantragten, für später auf andrem städtischen Terrain in derselben Straße einen größeren Spielplatz herzurichten. Dieser neue Antrag wurde einstimmig angenommen. Dann wurden Straßenfachen erledigt.

In Spandau verunglückte gestern Vormittag 11 1/2 Uhr der Arbeiter Lorenz, der bei der Dachpappenfabrik von Fabrenkrug in Stellung ist. In der Potsdamerstraße wollte er einen Lastwagen der genannten Fabrik während desfahrens von der Seite aus bestiegen. Er stürzte so unglücklich, daß ihm der Schädel durch Ueberfahren zertrümmert wurde. Er war sofort tot. Seine Frau soll sich noch im Wachenbett befinden.

Eine Denkschrift zur Stadtrechts-Frage ist soeben den Gemeindevorordneten von Weihensee zugestellt worden. Die Gemeindevorsetzung hatte in ihrer Sitzung am 27. Juni v. J. beschlossen, den Antrag auf Erlangung des Stadtrechts für Neu-Weihensee auf ein Jahr zu verlagern. Die Denkschrift, welche von vier Gemeindevorordneten unterzeichnet ist, läßt an diesem Beschlusse sehr abfällige Kritik. Als leitendes Motiv für die damals eingetragene Stellung der Vertretung wird mangelnde Intelligenz des Einzelnen sowie besondere Rücksichtnahme auf die Person des Gemeindevorstehers angenommen; ein Urteil, das man als zutreffend annehmen muß, sind es doch bürgerliche Vertreter, die ihren eigenen Mitbürgern dieses Zeugnis ausstellen. Den Fähigkeiten der Gemeindevorstände wird sogar der Mangel an den einfachsten Elementarkenntnissen nachgesagt, als ein Beweis für deren Unfähigkeit, derartig große Gemeinwesen zu leiten. Einige Liebhabersprüche, die mehr „häuslichen Jwitz“ zur Ursache haben, kann man übergehen. Die finanzielle Seite der Frage ergibt nach vorläufiger Berechnung für die Gemeinde eine Ersparnis von jährlich 37 000 M.

Die Arbeiterkassette selbst hat keinen Grund, den Bestrebungen auf Erlangung des Stadtrechts hindernd in den Weg zu treten, wird doch dadurch ein System befestigt, das schwanke zwischen reaktionärer Willkür und patriarchalischer Konchalance, auf alle Fälle einen Gemisch aus beiden bildet für die Durchführung von wahrhaft durchgreifenden, dem Wohl der Gesamtheit dienenden Reformen auf kommunalem Gebiet. Es ist ein Schritt weiter, alleingewurzelte, verrottete Zustände zu beseitigen.

Gerihts-Bericht.

Eine Kommission bedenklicher Art beschäftigte gestern die 8. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Rötigung, Hausfriedensbruchs und Mißhandlung bzw. wegen Anstiftung zur Rötigung hatten sich der Kupferfahndler Adolf Müller, dessen Sohn Robert Müller und die Hausbesitzerin Witwe Waleka Kahl zu verantworten. Frau Kahl ist Besitzerin des Hauses Pantenstraße 5, in welchem der Fischer Karl Schröder ein Zimmer abgemietet hatte. Dieser war mit seiner Miets in Rückstand und wurde von der Wirtin zum 1. Januar gekündigt. Er erklärte der Wirtin, daß er die Kündigung nicht respektiere, sondern wohnen bleiben werde. So kam der 1. Januar heran und der Mieter rührte sich weder an diesem noch an den nächstfolgenden Tagen; im Gegenteil, er ließ sich nicht sehen, riegelte sich ein und reagierte auf die Aufforderung, das Haus zu verlassen, überhaupt nicht. Die Wohnung war vernietet, der neue Mieter wollte einziehen und die Wirtin war in Verlegenheit. Der Angeklagte Adolf

Müller, der die Hausverwaltung vertrat, erkundigte sich bei einem Gerichtsvollzieher, was zu thun sei und dieser sagte ihm, daß nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch der Hauswirt in der Lage sei, in solchen Fällen selbständig und ohne richterliche und polizeiliche Hilfe alle Maßregeln zu ergreifen, die geeignet seien, sein Pfandrecht zu sichern. Eine ähnliche Anstiftung wurde ihm auch polizeilicherseits und so trat Frau Kahl kein Bedenken, ihrem Verwalter den Auftrag zu erteilen, mit Gewalt gegen Schröder vorzugehen. Der Verwalter nahm sich zur Unterstützung seinen Sohn mit und forderte wiederholt vergeblich Einlaß bei Schröder; erst als mit der Herbeiführung eines Schloßes gedroht wurde, verstand sich Schröder dazu die Thür zu öffnen. Nun entspann sich eine sehr erregte Szene, die den Anlaß zur Anklage gegeben hat. Die Sachen des Schröder wurden von den beiden Vertretern der hauswirthlichen Rechte gewaltsam hinausgetragen und schließlich widerfuhr dem Schröder selbst das gleiche Schicksal. Er behauptet, daß er bei dieser Gelegenheit von Müller sen. arg mißhandelt worden sei und der Sohn den Vater hierbei unterstützt habe, er hat sich auch ein ärztliches Attest ausstellen lassen und verlangte außer der Bestrafung der Angeklagten eine Buße von 50 Mark. Die Angeklagten, Müller Vater und Sohn, behaupteten dagegen, daß sie sich in der Rötung nicht befunden hätten, da sie von Schröder zuerst angegriffen und mit Häfen gestochen worden seien. Dieser Angabe stand aber das Zeugnis eines Anaben entgegen, der den Vorfall mit angesehen hatte. Staatsanwalt Dr. Kleine meinte, daß hier ein außerordentlich grober Bruch der Rechtsordnung vorliege. Müller habe wissen müssen, daß er die Rechte der Hauswirtin gegen den Mieter nur im Civilwege verfolgen dürfte, daß es aber keinesfalls engangig sei, den Standpunkt des Faustrechts und der Vlutroche, wie er in vergangenen Jahrhunderten üblich war, einzunehmen. Er konnte nimmermehr glauben, daß in einem civilisierten Staat das Bürgerliche Gesetzbuch oder ein andres Gesetz dem Hauswirt das Recht der rohen Gewalt einräumen könnte. Der Staatsanwalt beantragte gegen Adolf Müller 3 Monate, gegen Robert Müller 2 Monate und gegen Frau Kahl 14 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof hielt Rötigung und Hausfriedensbruch nicht für vorliegend; die Angeklagten hätten zwar objektiv keineswegs die Berechtigung gehabt, so vorzugehen, wie sie es gethan, ihnen habe aber nach der ihnen gewordenen Auskunft das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt. Frau Kahl ist deshalb freigesprochen worden, der Angeklagte Adolf Müller wurde zu 1 Monat Gefängnis, der Angeklagte Robert Müller zu 30 M. Geldstrafe wegen Mißhandlung verurteilt und dem Verletzten eine Buße von 23 M. zugesprochen.

Die Anwendbarkeit des § 153 der Gewerbe-Ordnung auf Pferdebahn-Angestellte wird von den hiesigen Gerichten durchweg verneint. Dem Schloffer Dieck wurde zur Last gelegt, den Kieferseher Spor, mit dem er zusammenwohnt, durch die Worte: „Sie Lump, Sie Streifwecher, Pferdebeuge usw.“ zu bestimmen versucht zu haben, an eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit teilzunehmen. Das Schöffengericht sprach Dieck von der Anklage aus § 153 der Gewerbe-Ordnung frei, indem es ausführte, daß nach § 6 der Gewerbe-Ordnung der § 153 auf Pferdebahn-Angestellte nicht Anwendung finde. Nur wegen einfacher Verleumdung wurde Dieck zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Er legte im Termin vom 28. d. M. vor der Strafkammer dar, daß der § 153 sich auch auf Pferdebahnangestellte erstrecke. Aber selbst wenn man nur eine einfache Verleumdung annehmen wollte, rechtfertige sich bei der Gefährlichkeit der Worte, die der Angeklagte ausgesprochen habe, ein Gefängnisstrafe von einem Monat. Der Gerichtshof kam in Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Verteidigers, des Rechtsanwalts Dr. Heinemann, zu der Ansicht, daß nur eine einfache Verleumdung vorliege und daß kein Grund vorhanden sei, über die vom ersten Richter erkannte Geldstrafe von 50 M. hinauszugehen.

Die Hannoverischen Straßenkrawalle vor Gericht. Der Prozeß gegen die Ausschreitungen, die zur Zeit des Hannoverischen Straßenbahner-Ausstands vorgekommen waren, fand am 26. Juni seinen Abschluß. Es wurden verurteilt:

Ein Angeklagter wegen schweren Aufruhrs zu zehn Monaten Gefängnis; ein Angeklagter wegen Widerstands zu zehn Monaten Gefängnis; ein Angeklagter wegen Widerstands unter Zuhilfenahme milderer Umstände zu 4 Monaten Gefängnis; zwei Angeklagte wegen groben Unfugs zu 3 Wochen Haft; zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Zeugnisaussagen waren in sofern zum Teil von Interesse, als durch dieselben das überaus heftige Vorgehen eines Theils der Schüchleute gegen Personen beleuchtet wurde, die ohne die geringste Absicht, sich an dem Krawall zu beteiligen, der die Straße säubenden Schmutzwecker in die Hände gefallen waren. So belandete ein Buchdruckerbesitzer Schulze, daß er auf dem Wege zur Apotheke einer flüchtenden Menschenmenge begegnet und bei dem Versuch, das Haus eines Belannten zu erreichen, vor der Gartenthür des Hauses von einem Schmutzmann einen Schlag über den Kopf erhalten habe. Mehrere hinzukommende Schüchleute hätten ihm weitere Schläge versetzt, deren einer ihm die Unterlippe durchschchnitt. Zeuge hat ferner beobachtet, daß Schüchleute in einen Nebengarten eindringen und dort Frauen und Kinder ohne erkennbare Ursache mißhandelten. Er habe den Eindruck gehabt, als ob es die Schüchleute an der erforderlichen Besonnenheit hätten fehlen lassen.

Der Staatsanwalt erklärte, daß ein direkter Zusammenhang zwischen den Krawallen und dem Streit nicht zu erkennen sei, wenn in der Bevölkerung auch eine große Erregung gegen die Straßenbahn-Direktion geherrscht habe. Die Schüchleute hatten sich in der „maßvollsten Weise“ benommen, wenn auch in einzelnen Fällen die Schüchleute zu weit gegangen sein mochten.

Die Maidoher der Rechtsanwälte waren in sehr scharfer Ton gehalten.

Rechtsanwalt Dr. Leon führte aus, daß er die Ausschreitungen ebenso sehr bedauere wie die Anklagebehörde und das maßvolle Einschreiten der Polizei in den ersten Tagen anerkennen müsse. Wenn indes auch die empörenden Vorgänge tief zu beklagen seien, so sei doch zu berücksichtigen, daß durch die Zusammenwirkung verschiedener Umstände eine Gärung entstanden sei, die zu den Zusammenrottungen geführt habe, in denen der einzelne ein maßloser Spielball werde. Dies sei von den jugendlichen Angeklagten ohne weiteres anzunehmen. Die eigentlichen Adelsführer habe man nicht bekommen. Redner betont, als er die Anklage gegen Kramer gelesen, da habe ihn die Sache befremdet; als er dann Kramer gehört, sei er entsetzt gewesen, und als er Einsicht in die Akten genommen, sei er empört gewesen über das Verhalten der Staatsanwaltschaft. Gegen Kramer liege thatsächlich nichts vor, als daß er verhaftet und eingesperrt sei. Und trotzdem lasse man ihn drei Wochen sitzen und bringe ihn auf die Anklagebank des Schwurgerichts. Die Staatsanwaltschaft habe ganz genau gewußt, daß sie nicht im Stande sei, die Anklage gegen Kramer aufrecht zu erhalten und dennoch habe man ihn in Haft behalten. Redner stellt in Aussicht, daß Kramer mit Entschädigungsansprüchen kommt.

Rechtsanwalt Dr. Wolterer bemerkt, daß obwohl die Autorität der Polizei „unter allen Umständen“ hochgehalten werden müsse, man doch nicht umhin könne, festzustellen, daß einzelne Polizei-Organen weit über das zulässige Maß des Erlaubten hinausgegangen seien. Gerade die Gerichte von den Uebergriffen der Polizei hätten zu der hochgradigen Erregung des Publikums geführt. Bei Rememam, der von zwei Schüchleuten verhaftet gewesen, also unschuldig gemacht sei, hätte es nicht mehr des Polizeiknüppels bedurft. Das Publikum habe in den Schüchleuten nicht mehr die Organe der Ordnung gesehen, sondern den Feind des Publikums, der auch Unschuldige mißhandelt! Vorher habe den Uebergriffen jede Grundlage gefehlt. Bei Verurteilung des Falls Dreame, den Redner verteidigt, siehe und falle die Anklage mit dem Glauben.

Nach 11-stündiger Beratung erfolgte die Verkündung des bereits mitgetheilten Urteils. Kramer wurde freigesprochen.

Am 6. und 7. Juli stehen weitere Anklagen wegen der Krawalle vor der Strafkammer zur Verhandlung.

Deutsche Militärjustiz. Das Militärgericht der ersten Division verurtheilt, wie aus Breslau berichtet wird, den Dragoner Franz Kosmalla wegen Ungehorsams und Aufruhrs, verbunden mit einer Gemeinthaftigkeit gegen eine militärische Sache und wegen Körperverletzung zu fünf Jahren und einem Monat Zuchthaus!

Mißlungene Drückbergerei der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft. Die untern Letzten noch erinnerlich sein wird, fuhr am Totenontag vorigen Jahres ein Notortwagen der Straßenbahnlinie Dönhofsplatz-Knechtelstraße in der Bergstraße zu Rixdorf in den Kaffeeladen der Firma Emil Tengelmann hinein und richtete dort, namentlich am Gebäude, erheblichen Schaden an. Letzteren dem Eigentümer, Rentier Mangelndorf, zu erziehen, weigerte sich die Direktion der „Großen“, vielmehr wies sie den Geschädigten an den Führer des Notortwagens, der das Unheil verschuldet habe. Mangelndorf ging aber an die richtige Schmiede und verklagte die Straßenbahn-Gesellschaft auf Ertrag des Schadens. Inzwischen fand vor der Strafkammer des Landgerichts II. auch die Verhandlung gegen den Wagenführer wegen Transportgefährdung statt, die jedoch mit der Freisprechung des Angeklagten endigte, da durch die Beweisaufnahme festgestellt wurde, daß die elektrische Brenne nicht funktioniert hatte. Das Amtsgericht in Rixdorf verurtheilt die Beklagte daher dem Klageantrag gemäß zum Ertrag des gesamten Schadens. Hiergegen legte die Straßenbahn-Gesellschaft Berufung ein, die jetzt vor dem Landgericht II. verhandelt wurde. Auch in dieser Instanz wurde die „Große“ zur Zahlung verurteilt, und zwar schon aus dem Grunde, weil in dem zwischen der Gesellschaft und der Gemeinde Rixdorf geschlossenen Vertrage ausdrücklich bestimmt ist, daß die Gesellschaft für allen Schaden aufzukommen hat, welcher aus dem Straßenbahnbetriebe der Gemeinde oder einem Dritten erwächst. Die „Große“ muß also in den sauren Apfel beißen und hat nun auch noch eine zweite Entschädigungsforderung zu gewärtigen, da die Firma Tengelmann die „Große“ für den Verlust regreßpflichtig machen will, der ihr aus dem ca. 8-tägigen Geschlossenensein des Geschäfts seiner Zeit erwachsen ist.

Die rote Nacht vor dem Landgericht. Aus Halle a. S. wird uns vom 28. Juni berichtet: Ein vernünftiges Urteil fällt die Strafkammer heute in der Sache der Genossen Fischer Schred und Schloffer Kupke aus. Sie waren vom Schöffengericht dortselbst wegen Verübung groben Unfugs zu je 9 M. Geldstrafe ev. 3 Tagen Haft verurteilt worden, weil sie am Vormittag des 1. Mai aus ihren Wohnungen zwei weiße mit roter „S“ bemalte Fahnen von 2 Meter Länge und 1 Meter Breite herausgehakt hatten. Der Pastor Taube und einige Beamte hatten sich darüber geärgert und beweis, daß eine Fahne durch die Polizei mittels einer langen Leiter entfernt wurde. Die andre blieb den ganzen Tag über hängen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Herzfeld meinte, es könne nicht maßgebend sein, daß sich ein Pastor über die Fahne geärgert habe; der hat sich vielleicht über die ganze Kaiserfeier geärgert und möchte am liebsten alle Sozialdemokraten wegen Unfugs bestrafen haben. Die Angeklagten seien freizusprechen. Das Gericht erkannte demgemäß.

Vermishtes.

Zeppelin's Luftfahrt. Nachdem der See wieder ruhig geworden war und der Sturm sich gelegt hatte, konnten am Donnerstag die bei Friedrichshafen in Pontons liegenden ca. 100 Gasflaschen in die Ballonhalle des Zeppelin'schen Luftballons verbracht werden, so daß die Füllung des Ballons bewerkstelligt werden kann. Dem Aufstieg des Luftschiffs steht kein Hindernis mehr im Wege. Allgemein gilt der Sonnabend als Termin des Aufstiegs. Infolge des gesteigerten Fremdenverkehrs auf dem See sind polizeiliche Vorkehrungen getroffen worden.

In Rom hat dieser Tage eine Versammlung stattgefunden, in der der Landrat Frhr. v. Jedlitz sich u. a. wie folgt äußerte: Die Bemühungen der Behörden seien jeder Anbahnung, jeder Spur soweit nachgegangen, bis die Haltlosigkeit solcher sensationell aufgedrehten Nachrichten klar gelegen habe. Damit sei viel Zeit und Arbeit in Anspruch genommen worden. So sei aber auch der Verdacht gegen den Fleischmeister Lewy und seine Söhne und jede Annahme eines Ritualmordes unzweideutig als falsch erwiesen worden. In der Synagoge und den zu ihr gehörigen Anlaufstellen sei jeder Ziegelstein abgeklappt, jeder Winkel des öfteren sorgfältig durchsucht worden, etwas Unerhörtes für ein der Anbetung Gottes geweihtes Gebäude! Der Landrat hat die Anwesenden, ihrerseits durch derartige wahrheitsgemäße Mittheilungen an die Wälder ihrer eignen Parochie der Sensationspresse entgegenzuwirken und so zur allmählichen Beruhigung der Gemüther beizutragen. Wenn das nicht geschähe, so würden wir auf längere Zeit nicht nur die Kosten für die Unterhaltung des Militärs zu tragen haben, sondern bei jedem neuen Krawall, der zu fürchten sei, würde durch Verhängung des Belagerungszustandes das Unglück für unsre Bürgerschaft und für weitere Kreise unübersehbar werden.

In der Fabrik von Schuertz zu Nürnberg entstanden am Donnerstagabend 10 Uhr und dann in der Nacht um 1 Uhr abermals Brände. Es soll Brandstiftung vorliegen.

Wieder eine Katastrophe auf dem Rhein. Durch den Wellenschlag eines Abwindumpfers sank bei Mainz ein mit Steinen beladenes Schiff in der Nähe von Rierstein, wobei 3 Schiffer des Leinwandbootes ertranken.

Die Pestfälle, die in Smyrna festgestellt wurden, haben zu Maßnahmen Veranlassung gegeben, die eine bedeutende Erschwerung des Verkehrs mit dem Orient zur Folge haben werden. Es liegt darüber folgende Meldung vor: Konstantinopel, 28. Juni. Von heute ab ist in Hebitichewo an der bulgarischen Grenze für alle aus der europäischen Türkei kommenden Reisenden eine elftägige Quarantäne festgesetzt. Die Einfuhr von Waren aus Rumelien nach Bulgarien ist verboten. Infolge der Quarantäne in Hebitichewo wurden die von Konstantinopel nach Saremben und umgekehrt verkehrenden Konventionen für die Dauer der Quarantäne eingestellt. Ein täglicher Specialzug zwischen Konstantinopel und Hebitichewo im Anschluß an die Konventionen-züge Hebitichewo-Wien und vice versa wird von morgen ab verkehren. Der Verkehr der Orientexpress bleibt ungestört. Der Direktor der Orientbahnen, Groß, unternahm bei der Fortschritte wegen der Quarantäne in Hebitichewo. — Inzwischen scheint die Pest in Smyrna weiter um sich zu greifen, denn wie gemeldet wird, sind dort zwei neue Pestfälle vorgekommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

6. 2. 41. Bittschrift hilft Ihnen die Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeitslose, Bureau Rathaus, Zimmer 17-19, oder das Bürger-Relief-Institut, Hr. Präbidentstr. 7.

6. 3. 100. Derartige Tanzlustbarkeiten wären als öffentliche zu erachten und ohne polizeiliche Genehmigung nicht zulässig. Ueberschuldung wäre die Voraussetzung solcher Tanzlustbarkeiten durch einen zur Umgehung polizeilicher Erlaubnis gegründeten Verein. Zulässig ist die Tanzlustbarkeit ohne polizeiliche Genehmigung, wenn sie eine private ist, also von vornherein auf einen bestimmten Kreis von Personen beschränkt ist, insbesondere also, wenn ein Verein gelegentlich einen Tanz veranstaltet und den Tanz auf den Kreis seiner Mitglieder beschränkt. — 92. 1. Der Anspruch auf Zahlung dieser Beiträge gehört nicht zur Erblasserhaftung. 2. Ohne genaue Darlegung nicht verbindlich, sprechen Sie eventuell beklagt und innerhalb 6 Wochen nach Reims des Todes dem Amtsgericht eingereicht sein. — 99. Die Frau kam unter

Litterarische Rundschau.

Neue Litteratur über Ostasien.

- Krahmer, Generalmajor z. D., Rußland in Ostasien, mit besonderer Berücksichtigung der Mandchurie. Leipzig, Buchverlag v. C. 221 S. 80.
Charles Veresford, Lord, The Break-up of China. With an account of its present commerce, currency, waterways, armies, railways, politics and future prospects. (Das Auseinanderbrechen Chinas. Mit einer Uebersicht über Chinas gegenwärtigen Handel, Verkehr, Wasserstraßen, Eisenbahnen, Politik und seine Zukunftsaussichten.) London, Harper u. Brothers, 509 S. 80.
Archibald L. Colquhoun, China in Transformation. London, Harper u. Brothers, 308 S. 80.
B. Coucheron-Kamot, Durch das Land der Chinesen. Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von A. Robolsky. Leipzig, Robert Baum, 198 S. 80.
Der selbe, Die Geschichte Ostasiens nach dem Frieden von Schimonoseki. Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von A. Robolsky. Leipzig, Robert Baum, 160 S. 80.

Es ist ein Beweis der Bedeutung, die allgemein der Gestaltung der ostasiatischen sozialen Verhältnisse für unser Kulturleben beigemessen wird, daß seit dem chinesisch-japanischen Kriege jedes Jahr um eine steigende Anzahl neuer Schriften über die Lage Chinas und Japans bringt. Viele dieser Schriften sind allerdings nur flüchtige Reflexionen, flüchtig hingeworfene Stimmungsbilderungen selbstgefälliger Obletrotiers, deren Sicherheit und Unbedingtheit des Urteils gewöhnlich im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Kenntnis der chinesischen Lebensweise und Institutionen steht — bestenfalls Reisebeschreibungen à la Hesse-Warieg, meist aber mit erfundenen Anekdoten gewürzte Stimmungsbilder in Otto Ehlerscher Manier: Unterhaltungslektüre für Ruhesunden.

Indes fehlt es auch nicht an wertvollen Berichten gelehrter sprachkundiger Reisender, die lange Jahre in China Studien getrieben haben. Ein großer Teil dieser Berichterstattung besteht aus russischen Forschern, deren Interesse sich, seit Rußland die Mandchurie völlig unter seinen Einfluß gebracht und dort seine großen Seehäfen unternehmen hat, in steigendem Maße Nordchina zugewendet. Leider nur bleiben dem Nicht-Russen die meisten dieser Werke unbekannt, da nur verhältnismäßig wenige ins Deutsche, Französische oder Englische übersetzt werden. Auf solche russische Berichte stützt sich vornehmlich Krahmers Buch „Rußland in Ostasien“, ein Gegenstück zu dem früheren Werk desselben Verfassers „Rußland in Mittelasien“. Der Autor beschäftigt sich darin nicht mit der Lage Chinas, sondern fast ausschließlich mit den wirtschafts-geographischen Verhältnissen der Mandchurie und Rußlands fertig zunehmender Macht daselbst, seinen Eisenbahnbauten, Befestigungsanlagen, Truppenverteilungen etc. Beigegeben sind dem Buch eine Kartenkarte des südlichen Teils der Liaoting-Halbinsel und der Umgebung von Port Arthur, sowie die Statuten der Gesellschaft der chinesischen Ost-Eisenbahn (mandchurische Bahn).

Krahmer bietet zunächst in Anlehnung an die von ihm benutzten russischen Quellenchriften einen kurzen Uebersicht über die Geschichte der Mandchurie und die dortige Befestigung Rußlands, schildert die geographische Eigenart des Landes, die Bevölkerung und die wirtschaftlichen Verhältnisse und erörtert dann in einem längeren Endkapitel (S. 169—206) die „Nachstellung Rußlands in Ostasien“, die zunehmende Russifizierung der Mandchurie, Rußlands Einfluß in Nordchina, den strategischen Wert der transsibirischen Bahn und ihrer Anschließlinien im Fall eines russischen Vormarsches, Rußlands Stellung gegenüber England usw.

Sein Urteil über die Nachstellung des Jarenreichs faßt der Verfasser in folgenden Worten zusammen: „Englands Politik giebt in Ostasien wie in Mittelasien das selbe Bild: sie ist eine schwankende und keineswegs energische. Man könnte wohl die Behauptung aufstellen, daß es sich hier wie dort stets dem Willen Rußlands gebeugt hat, vor dessen Bestrebungen stets „mutig“ zurückgewichen ist. Bald sucht es Japan zu unterstützen, bald tritt es für die Integrität Chinas ein, aber weder in dieser, noch in jener Beziehung hat es Erfolge aufzuweisen. Ja die Integrität Chinas verleiht es selbst, als es Wei-hai-wei in Besitz nahm. Durch das Abkommen mit Rußland vom 28. April 1896 und besonders durch die Zukunftsnote sind ihm Rußland gegenüber die Hände gebunden und letzteres nimmt wenig Rücksicht auf die Einwendungen und Bestrebungen Englands.“

Dagegen hat Rußland „sich in Korea einen durchschlagenden Einfluß verschafft, ohne in einen Konflikt mit Japan zu geraten; es hat China politisch und finanziell verdrängt, Englands Einfluß in Ostasien geschwächt. . . Rußland ist im fernem Osten wie in Mittelasien Schritt für Schritt vorgegangen, ohne zu hasten, immer das eine Ziel vor Augen, eine gebietende Nachstellung sich dort zu erringen. Nachdem es durch die große sibirische Eisenbahn Sibirien zu einem integrierenden Teil seines europäischen Gebietes gemacht hat, sucht es mittels der ostasiatischen Bahn seine Einflusssphäre weiter nach Süden auszubehnen. Es faßt festen Fuß in Port Arthur und Tientsin, den eisernen Häfen und Stützpunkten auf der Halbinsel Liaoting im äußersten Süden der Mandchurie, verbindet solche durch Eisenbahnlinien mit der ostasiatischen Hauptbahn und plant schließlich eine Bahn nach Peking.“

Krahmer zeigt dann, in welcher günstigsten strategischen Lage sich Rußland in Ostasien befindet wird, sobald die transsibirische Bahn mit der Anschließlinie nach Port Arthur vollendet ist, und giebt nach offiziellen Quellen eine Uebersicht über die in Ostasien Mitte vorigen Jahres stationierten russischen Truppen. In einem Nachtrag wird schließlich auf die Wichtigkeit des Jaren-Erlasses vom 28. August vorigen Jahres hingewiesen, der dem Oberkommandanten des neugebildeten „Kwangtunghen Oblast“ (d. h. des von Rußland „gepachteten“ Gebietes auf der Liaoning-Halbinsel mit Einfluß der Inseln) zugleich die Verfügung über „alle Schiffe, Kommandos, Chargen und Einrichtungen“ des Marine-Reservoirs in Port Arthur und Wladivostok, sowie über das Stille Ocean-Gebiet überträgt, also die gesamte Land- und Seemacht in einer Hand vereinigt.

Im einzelnen mag der Verfasser Rußlands Nachstellung übersehen, in der Hauptsache urteilt er zutreffend, wie die künftige Landverdrängung Rußlands am koreanischen Hafen von Wafampo und die von China erlangte Konzession einer russischen Bahn von Kiachia nach Peking beweist. Selbst der größte Englandsfreund kann sich, wenn er sich den englisch-russischen Notwendigkeit über die Aufschwung-Schonhailwan-Bahn näher ansieht, nicht des Eindruckes entziehen, daß sich durch das Abkommen vom 28. April 1896 das Salisbury'sche Kabinett einfach von der russischen Diplomatie hat überbieten lassen. Die von England acceptierte Kurawiewische Zusatzklausel, daß die Uebereinkunft über die genannte Bahn in keiner Weise das Recht der russischen Regierung ein-

schränke, die Gründung von Eisenbahnen zu unterstützen, die von der Hauptlinie der mandchurischen Bahn nach Süden in die Region der chinesischen Linien nach Hsiamintun und Kiu-tschwang führen, schafft den russischen Eisenbahnunternehmungen in Nord-China freie Bahn.

Die Mißerfolge der englischen ostasiatischen Politik liegen wesentlich darin, daß sich England seit über einem Jahrzehnt in seinem Verhalten lediglich durch Handelsrücksichten bestimmen läßt, oft sogar durch bloße Augenblicksinteressen. Bleibt seine Handelsstellung gewahrt, erlangt es hier oder dort sogar für seinen Handel oder seine Schifffahrt keine Konzessionen, dann läßt es ruhig strategische Positionen fahren, besonders wenn diese erst für die Zukunft Nutzen versprechen.

Wie sehr man in England vielfach die ganze ostasiatische Frage durch die englische Handelsbrille betrachtet, dafür liefert Lord Veresfords „Break-up of China“ (das Auseinanderbrechen Chinas) einen sprechenden Beweis. Lord Veresford hat als englischer Regierungskommissar mehrere Jahre China bereist, die wirtschaftliche Lage studiert, von Handelskammern, kaufmännischen Vereinen und chinesischen Behörden Auskünfte eingeholt und reichhaltiges Material gesammelt. Seine Angaben über den chinesischen Handel, die Wasserstraßen, Eisenbahnen, Finanzlage und die Verwaltung Chinas enthalten in gedrängter Kürze viel Beachtenswertes, wenn auch dem, der die „Statistical Series“ der unter Robert Hart's fähiger Leitung stehenden chinesischen Seerzollverwaltung kennt, die meisten statistischen Angaben nicht neu sind. Aber über die Auffassung eines gebildeten englischen Kaufmanns kommt Lord Charles Veresford kaum irgendwo in seinem Werk hinaus. Ohne sich dessen bewußt zu werden, beurteilt er die Gesamtverhältnisse Chinas fast lediglich unter dem Gesichtswinkel des englischen Exporteurs- und Importeurs. Das englische Handelsinteresse ist maßgebend; es ist nicht dem Interesse aller handelstreibenden Nationen, und nur die Maßregeln, die der Handelsentwicklung dienen, sind deshalb berechtigt. Der schon allein durch die verschiedene Wirtschaftslage bedingte Gegensatz Rußlands zu den englischen Bestrebungen in Ostasien kommt nirgends zu klarer Articulierung. Diese Einseitigkeit geht so weit, daß der Verfasser trotz seines Scharfblicks den Einfluß der transsibirischen Eisenbahn und der russischen Herrschaft in der Mandchurie auf die Handelsentwicklung gänzlich außer Betracht läßt. Er denkt sie sich als einfache Fortsetzung der bisherigen Richtung und doch hat obgleich schon infolge der zunehmenden Vesteuerung Ostasiens die chinesische Ausfuhr nach Sibirien über Kiachta von 1890 bis 1898 um ungefähr 118 Proz. die Ausfuhr über die Mandchurie um 268 Proz. zugenommen, während der Gesamt-Export Chinas in gleichem Zeitraum nur um 83 Proz. stieg.

Interessant sind die Ausführungen Veresfords über die Finanzlage des chinesischen Reichs, die Zollverhältnisse und die Reorganisation der chinesischen Armee. Speziell die letzteren Angaben dürften heute, wo zwischen den chinesischen Truppen und den Landungsdetachements der Westmächte um Tientsin und Peking ein harter Kampf tobt, vielem Interesse begegnen, umso mehr als Lord Veresford nicht bloß auf Grund offizieller chinesischer Mitteilungen urteilt, sondern die wichtigsten Garnisonen, Arsenale, Militärverhältnisse selbst besichtigt und verschiedenen Truppenübungen beigewohnt hat. Nach seiner Aufzählung beträgt die Zahl der nach deutschem und russischem System ausgebildeten, mit Mauser- oder Winchester-Gewehren, sowie mit modernen Krupp- und Maxim-Kanonen ausgestatteteten chinesischen Soldaten nur etwa 40 000; offiziell werden zwar weit höhere Zahlen genannt, doch sind die meisten Bataillone und Compagnien nicht vollständig. Der weitaus größte Teil dieser ausgebildeten Truppen steht in der Provinz Tschili und Nord-Schantung. Die beste Truppe ist nach Veresford die des Generals Yuan-Schi-Kai, etwa 7400 Mann; dann folgt die Armee des Generals Sung, ungefähr 10 000 Mann, und die in den letzten Tagen mehrfach genannte Armee des Generals Nieh, 13 000 Mann, mit neuen Mausergewehren und Maximkanonen; auch die Peking'sche Feldarmee ist gut ausgebildet und bewaffnet.

Die einseitige Betrachtung der ostasiatischen Verhältnisse vom englischen Handelsstandpunkte aus verleitet Lord Veresford zu der Annahme, daß die Westmächte und Amerika in China nur Handelsinteressen haben — (auch Rußland und Japan?) — und daß diese Interessen am besten gewahrt werden, wenn die Integrität des Chinesischen Reichs erhalten bleibt. China selbst aus eigener Kraft ist aber unfähig, seine Integrität zu wahren. Die traurigen Verhältnisse des Reichs, die im letzten Jahrhundert China aus beständigen inneren Kämpfen und Aufständen nicht herauskommen ließen, treiben nach seiner Ansicht einer bürgerlichen Revolution (civil revolution) entgegen; deshalb sei es das Beste, China, ähnlich wie Ägypten unter eine fremde Oberverwaltung zu stellen, die gewissermaßen als Aufsichtsbehörde der einheimischen Verwaltung fungiert und die Durchführung der für den ferneren Bestand des Reichs notwendigen Reformen in die Hand nimmt. Als die wichtigsten dieser Reformen bezeichnet der Autor die Errichtung eines Reichs-Finanzverwaltungs-Bureaus, Ordnung des Steuerwesens, Gründung einer chinesischen Reichsbank, Durchführung eines einheitlichen Währungs-systems, Reorganisation der Landesverteidigung.

„Nach meiner Ansicht“, meint Veresford S. 349 seines Buchs, „gibt es nur ein Mittel, die Integrität des Chinesischen Reichs zu erhalten und dem Handel aller Nationen Stetigkeit zu geben: eine gründliche Reorganisation der Armee und der Verwaltung des ganzen Landes. Da dieses aber nur mit fremder Hilfe geschehen kann und da jene, welche zu dieser Aufgabe befähigt wären, anscheinend zu ängstlich sind vorzugehen, entweder aus Mangel an Vertrauen in Chinas Lebenskraft oder aus Furcht vor der Meinung ihrer Nachbarn, so möchte ich folgende Erwägung empfehlen: Warum sollte nicht Großbritannien, welches doch das ausgebreitetste Interesse in China hat, die Führung übernehmen und alle interessierten Staaten einladen zur Organisierung der chinesischen Armee und Verwaltung in demselben Geiste, in dem Sir Robert Hart das Zollwesen organisiert hat?“

Der Vorschlag ist sicherlich gut gemeint; die Frage ist nur, ob Rußland und Japan mit einer solchen Lösung einverstanden wären. Beide Mächte haben denn doch ganz andere Interessen in China, als England, das heute im wesentlichen noch den chinesischen Markt beherrscht und dem natürlich die Aufrechterhaltung dieser Handelsstellung das wichtigste dünkt.

Ein recht interessantes Buch, das die Neuerungen und Veränderungen zu schildern unternimmt, die sich in China allmählich durch den Verkehr mit den europäischen Völkern und unter dem Druck der fremden Mächte herauszubilden beginnen, ist Archibald L. Colquhoun's „China in Transformation“ (Das in der Umbildung begriffene China). Colquhoun, der in England als einer der besten Kenner der chinesischen Verwaltungsverhältnisse gilt, war früher Specialkorrespondent der

„Times“ in China. Politische Erörterungen über die chinesische Verwaltung, die chinesische Presse, demokratische Reformbestrebungen, den diplomatischen Verkehr in Peking, das Gesandtschaftswesen fallen denn auch den größeren Teil des Buchs, während die wirtschaftlichen Fragen, im Gegensatz zu Veresfords Werk, etwas oberflächlich behandelt werden.

Daß China aus eigener Kraft seine Integrität wahren und die unter den heutigen Verhältnissen zur Notwendigkeit gewordenen Reformen durchzuführen könne, daran glaubt auch Colquhoun nicht; für ihn handelt es sich lediglich darum: soll es England oder Rußland sein, unter dessen Einfluß und Leitung sich die Umwandlung vollzieht. Mit Ingramm sieht er den steigenden Einfluß Rußlands und befürchtet die englisch-ostasiatische Politik der Unfähigkeit, da sie es dahin gebracht habe, daß China, das einst sich ängstlich an Großbritannien angelehnt hätte, heute fast völlig unter dem Einfluß Rußlands stünde. Rußland hätte von allen in Peking vertretenen Mächten den besten Nachrichtendienst und unter der höheren chinesischen Beamtenchaft überall seine besoldeten Zuträger. „Rußlands Nachrichten-Departement“, sagt er S. 226, „nimmt die erste Stelle ein und wendet die am wenigsten verjagende Methode an. Der „reisende Kubel“ bewirkt Wunder. Die meisten chinesischen Beamten, die nützlich sein können, stehen in russischem Sold. Die Bezahlung richtet sich nach Rang und Umständen. . . .“

Denen, die den modus operandi in Peking kennen, erscheint die Idee geradezu absurd, daß ein britischer Zeitungskorrespondent irgend eine wichtige Nachricht nach England berichten könne, ohne daß man sie in der russischen Gesandtschaft lernt.“

Andrer Art ist die Schrift des Marine-Lieutenants B. Coucheron-Kamot „Durch das Land der Chinesen“. Sie bietet den Bericht einer längeren Reise auf dem Jantseiang und zwischen verschiedenen chinesischen Häfen am Nord des Kanonenboots „Ying Feng“, zeichnet sich aber dadurch aus, daß der Verfasser sich nicht auf bloße Reisebeschreibungen beschränkt, sondern allerlei interessante Mitteilungen über die Missionsarbeiten im Jahre 1891, die christlichen Missionen, die chinesische Preshliteratur, Schifffahrt und Handel einfließt. Daß der Verfasser auch mit der Geschichte Chinas gut vertraut ist, zeigt er in seiner „Geschichte Ostasiens nach dem Frieden von Schimonoseki“. Allerdings sind seine Darlegungen mit Vorzicht aufzunehmen; er ist ein großer Chinesen- und kleiner Russenfreund, und seine Darstellung der ostasiatischen Vorgänge ist tendenziös zugespitzt. Diese Tendenzlosigkeit kommt weniger darin zum Ausdruck, daß Coucheron Tatsachen verhehrt schildert, obgleich sich auch in dieser Hinsicht manche berechtigten Ausstellungen machen lassen, als darin, daß er Thatfachen, die auf die Chinesen ein schlechtes Licht werfen, unerwähnt läßt oder nebensächliche Vorkommnisse in breiter Weise verallgemeinert.

Natürlich ist an dem chinesisch-japanischen Kriege nur Japans Uebermut und Eroberungssucht schuld. Zum Beweis wird auf die früheren kriegerischen Unternehmungen Japans gegen Korea hingewiesen und Japans Forderung der Zurückziehung des im Jahre 1894 nach Korea gesandten chinesischen Truppenkorps als ganz unberechtigt hingestellt. Das dieser Forderung zu Grunde liegende frühere japanisch-chinesische Uebereinkommen über das Verhältnis Koreas zu beiden Mächten bleibt gänzlich unerwähnt. Ebenso werden die gemeinen Praktiken gelassen, die 1895 der japanische Ex-General Muraia als Vertreter Inoues zur Wiederherstellung des japanischen Uebergewichts in Korea anwandte: Praktiken, die bekanntlich zur Ermordung der russenfremdbienden koreanischen Königin führten; aber von den russischen Gegenwählereien, auf die das japanische Vorgehen die Antwort bildete, und die, wenn sie auch nicht ganz an die asiatisch-barbarische Strepellosigkeit der japanischen Maßnahmen heranreichen, doch auch nicht viel besser sind, weiß der Verfasser nichts zu berichten.

Wo in der Geschichte Chinas während der letzten Jahre Mißstände hervortreten, hat Herr Coucheron stets eine hübsche Entschuldigung bereit. So stellt er es z. B. in dem Kapitel über die Finanzverhältnisse Chinas so dar, als sei China erst infolge der durch den Krieg mit Japan entstandenen Geldschwierigkeiten zur Aufnahme einer Geldanleihe in Rußland genötigt worden, obgleich dieser schon in 1894 eine lebensprozentige englische Silber-Anleihe von 10 Millionen Pfund und in 1895 eine weitere sechsprozentige Gold-Anleihe von 3 Millionen Pfund. Stett. vorausging. Und in seiner Einleitung preist der Autor begeistert den friedlichen, gemäßigten Charakter des „homogenen“ Volks der Chinesen, „der großen Friedensnation“, weiß dann aber hinterher im neunten Kapitel von allerlei ethnischen und religiösen Gegensätzen zu berichten, die zwischen der chinesischen, tibetianischen und tunganischen (persisch-türkischen) Bevölkerung der Provinzen Sünan, Kansu und Schensi bestehen und alle paar Jahre heftige Volksaufstände veranlassen. In Sünan haben im letzten Jahrhundert allein vier große Aufstände stattgefunden, abgesehen von den kleinen lokalen Aufständen. Der letzte dieser Aufstände erstreckte sich über 18 Jahre (von 1855—73) und kostete Millionen Menschen das Leben. Ebenfalls wurde von 1861 bis 1874 die Provinzen Kansu und Schensi von Volksaufständen heimgesucht, die nur nach verzweifelten Anstrengungen von der Regierung niedergeschlagen werden konnten, und 1896 tobte der Aufbruch von neuem auf. Ueberhaupt ist es ein Ansehen, von friedlichen Zuständen im Chinesischen Reich zu reden, wie dies neuerdings von übereifrigen Berechnern der Chinesen geschieht. Kein Land hat im letzten Jahrhundert blutigere Revolten gesehen, als China, die Gesamtzahl der allein in den Aufständen seit 1850 gefallenen Personen wird auf weit über 30 Millionen geschätzt. Diese beständigen inneren Kämpfe beweisen eher alles andre, als die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den sozialen Zuständen und der Regierungsweise.

Nach Coucheron-Kamot sind die Chinesen keineswegs Reformen abgeneigt, wenn ihnen auch das von den Europäern verlangte Tempo meist ein zu sanftes ist. Als Beweis für diese Ansicht bezieht sich der Verfasser auf verschiedene Aussprüche hervorragender chinesischer Staatsmänner und Gelehrte und auf die bedeutende Anhängererschaft, den Kan-Hu-weis Reformverein „Chiang-Hsi-Hui“ gerade in den Kreisen der Gelehrten, speziell unter den Mitgliedern der Hanlin-Akademie gefunden hat. Was beweist das? Unzweifelhaft giebt es unter den Chinesen, die an europäischen Universitäten studiert oder jahrelang im Abendland sich aufgehalten und dessen Institutionen kennen gelernt haben, gar manchen, der sich nicht der Einsicht zu verschließen vermag, daß China zusammenbrechen muß, wenn es sich nicht zu Reformen entschließt; aber die Zahl dieser Einsichtigeren ist dem doch gegenüber der Masse der Extrem-Konservativen eine recht geringe, wie die Vorgänge der letzten beiden Jahre zeigen. Der zu Reformen geneigte Kaiser Kuang-Hsi hat der Konfudine des Kaisers Hieng-Fang weichen müssen — die jetzige sogenannte Kaiserin-Witwe hat auf den Titel „Witwe“ absolut keinen Anspruch, sie war nur eine einfache Konfudine — Kang-Hu-weis, der Leiter der Reformpropaganda mußte flüchten, seine bedeutendsten Anhänger wurden größtenteils ermordet, und am Peking's Hof wie im Tsungli-Yamen herrscht rücksichtslos und gewaltthätiger als je, die orthodoxe Mandchu-Partei. H. C.

Conrad Tack & Cie.

Burg
bei Magdeburg.

Deutschlands bedeutendste Schuhfabriken.

66 eigene Verkaufshäuser in allen grösseren Städten Deutschlands.

Weltbekannt
sind unsre Fabrikate

durch
ausserordentliche Haltbarkeit,
durch
vorzügliche chice Passform,
durch
unerreicht billige, feste Preise,
durch
unübertroffene Leistungen

auf dem Gebiete
der Schuh-Industrie.

Prämiiert
mit der goldenen Medaille 1893.

Goodyear-Welt (System Handarbeit)
eignetes Fabrikat,
der beste Stiefel der Gegenwart.



Leder-Kinder-Schuhe
Mk. 0,35.



Derber Kinder-Stiefel
Mk. 1,90.



Strapazier-Damen-Stiefel
Mk. 3,40.



Strapazier-Herren-Stiefel
Mk. 4,50.

Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg.

Verkaufshäuser in Berlin

unter eigener Firma:

- | | | |
|-----|--------------------|------|
| 50 | Andreassirasse | 50. |
| 29 | Beusselstrasse | 29. |
| 1 | Danzigerstrasse | 1. |
| 139 | Frankfurterstrasse | 139. |
| 240 | Friedrichstrasse | 241. |
| 65 | Oranienstrasse | 65. |
| 50 | Potsdamerstrasse | 50. |
| 14 | Rosenthalerstrasse | 14. |
| 15 | Spittelmarkt | 15. |
| 37 | Turmstrasse | 37. |
| 22 | Wilsnackerstrasse | 22. |

Charlottenburg:
122 Wilmersdorferstr. 122.

Rixdorf:
30/31 Bergstrasse 30/31.

Jeder Arbeiter
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.
Klein-Verlauf. Sehr starke Ware in
praktischen grauen u. braunen Streifen.
Sintin u. vorn am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Reisthüfte u. Rapp-
nähte. Beste Leder-Pilot-Zäpfen,
die Hole

(bei Entnahme von) 4 Mk. 50

48t indigoblaues Jackett für
Rafschmitten, Monteur etc. 1 Mk. 90
48t indigoblaue Hose dito 1 Mk. 50
Prima Manchester Hose 8.-, 5,50, 3,50
Vestiert. Manchester-Jackett 13.-, 9.-
Kerze-Rittel, geblickt Reffel 2 Mk.
Rafschmitten in Weiss-Grün 2 Mk. 25
Rechenhaken-Rittel (braun) 2 Mk. 40
Weisses Leder-Jackett, ge-
färbt, zweifachig 7 Mk. 50
Weiße Leder-Hose, Prima
Ware 3 Mk. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseest. 24a. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 15te Preisliste 1900 über gesamte
Herren- und Knaben-Bekleidung (Auf-
lage 1 Million) wird kostenlos und
portofrei zugesandt.

Verlauf von 20 Mk. an franco. —
Bei Bestellung genügt Angabe der
Brust- u. Bundweite u. Schrittlänge.
Obige Preise gelten für normale
Größen. 40092*

Wachdruck verboten!
Etablissement „Südost“
Waldemarstr. 75. [4906L*]
Mehrere Sonnabende u. Sonntage
im Juni, Juli zu vergeben.

Zu ihrem eigenen Schaden

Kaufen manche Hausfrauen die Lose ausgewogene,
geringwertige gebrauchte Gerste. Man lasse sich
die Mehrausgabe von ein paar Pfennigen nicht
gereuen und kaufe den echten Kathreiner's
Malzkaffee, der vorzüglich schmeckt und
der von den ersten Autoritäten als der beste
und gesündeste Kaffee-Ersatz und Kaffee-Zusatz
empfohlen wird. Doch muß genau auf die
plombierten Pakete mit dem Bilde des Prä-
laten Kneipp als Schutzmarke geachtet werden!

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Behrstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant (Zahnbelle) ist so-
fort billig zu verkaufen. Näheres
Wasserschloßstr. 63 im Schönholzer
Wegen Uebernahme größerer Re-
novation verkaufe gangbare Schenk-
wirtschaft, Baugebiet, Schöneberg,
Gothenstr. 35. 7105*

Restaurations, schöne, nette mit
Garten, beste Lage Ober-Schöneberg,
verzüglich. Auskunft erteilt Jahn,
Wilhelmsstr. 18. 2112*

Elegante vorjährige Herrenhosen
feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf
Sonntag und Sonntag. Verlan-
dhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Gardinenhaus Große Frankfurter-
str. 9, partier. 730*

Betten, prachtvoller Stand, 12,00,
zweischläfrig 16,50. Gubenstr. 3,
Pflandleite. 7150*

Betten, Steppdecken, spottbillig
Verlhaus Reanderstr. 6. 11657b

Reparaturarbeiten, goldene, Regu-
latoren, spottbillig Verlhaus Reander-
str. 6. 25/12*

Teppiche, Gardinen, spottbillig
Verlhaus Reanderstr. 6.

Teppiche mit Farbenfäden,
Fabrikneubereite Große Frankfurter-
str. 9, partier. 730*

Maurerstücke zu verkaufen, Gut-
geschäft Heilmann, Potsdamerstr. 61.

Möbel, neu und gebrauchte, auch
Teilszahlung. Kömer, Sedanstr. 32A.
I. Unt. 14706

Ruhbaummöbel, ganze Wirtschaft,
spottbillig, auch einzeln, Gartenstr. 32A.
I. Unt. 7141

Mischgeschäft mit Rolle verkauft
Krüger, Müllerstr. 163a. 11786

Taschenbühnen billig Hülf. Wein-
bergsdweg 13b. 918b

Fahrräder, erstklassig, zu Engras-
preisen (auch Teilszahlung). Puffer-
lager, Kommandantenstr. 46 I. *

Fahrrad, gut erhalten, verkauft
preiswert Schulze, Gogenauerstr. 14.

Fahrräder, Teilszahlung, mögliche
Anzahlung. Lager vierhundert Ma-
schinen, Bahnreiner, 18 Pfund,
Strohkammer, Luxus-Damenräder,
Zweiräder, Kinderräder, Anhängewagen
direkt aus Fabrik „Imperial“ Diefen-
bachstr. 33. 11808*

Fahrräder, erstklassige Marken,
zwei Jahre Garantie, billig. Teils-
zahlung gestattet. Reparatur-Ver-
satz. Tandems und Güter werden
verkauft. Gefährte Räder, gut er-
halten, billig. Carl Hilber, Beussel-
str. 9. 11882*

Nähmaschinen, beste Ringschiff-
Köler-Schnellnäher ohne Anzahlung,
wesentlich 1 Mark, 5jährige Garantie,
Postkarte, Landberger, Landberger-
str. 35, kein Laden. 16945*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung,
wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Gar-
antie. Lager sämtlicher Systeme.
Freie Nähmaschinen-Geschäft, Turm-
str. 39, Laden. Bestellung Postkarte
erkelbige sofort. 11657b

Wässner Feld, Gartendüngen,
Tische, Stühle, Bänke, Spaten, billig.
Carl Kaufmann, Müllenshoffstr. 19,
am Urban. 21/18*

Staare, eine Mark, junge, lernen
sprechen, pfeifen. Oranienstr. 87,
Bogelhandlung. 16995

Geschäftsteile, Werkstätten, 45 Pf.
1/10 Bauerschüler 3 Mark. Brauer-
Verlag Andreadstr. 63. 16706

Steppdecken am billigsten Habel
Große Frankfurterstr. 9, partier. 730*

Goldreiner und Damentrad, hoch-
elegante, Präzisionsräder spottbillig.
Cordhennen, Rammstr. 83 I. 26/7

Zahngeschäft, seit 9 Jahren be-
stehend, sofort zu verkaufen Reuter-
str. 9. 730

Restaurations, direkt Hof, großes
Kochgeschäft, mit kleinem Garten,
9 Jahre selbst, verkauft Hecht, Chaussee-
str. 52. 760*

Großes Lager von Berliner Rauer-
pfeifen sowie auch Schrubbern in jeder
Größe für Bauhandwerker hält auf
Lager Köhner, Götterstr. 65. 142*

Junge Staare zum Anlernen
1 Mark, Walddogel 50 Pf. Brücken-
str. 1. 26/9*

Fahrrad verkauft sofort spottbillig
Teile, Adalbertstr. 62, Hof I. 26/11*

Wirtschaft, zwei Zimmer, Küchen-
einrichtung, spottbillig, veräußert.
Adalbertstr. 62, Hof I. 26/11*

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik, Radion, alte
Notenstr. 24. Neuer Abendkurs
zur Ausbildung zum Elektromonteur
in Theorie und Praxis nach be-
währter Methode beginnt 2. Juli. Vor-
kenntnisse nicht erforderlich. Anmeldung
täglich, auch Sonntags. 2072*

Rechtobureau Andreadstr. 63.
Unfallsachen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen. Puffer, Steglitzer-
str. 65. 13905*

Photographie, 6 Bist und ein
Kabinett 2 Mark 50 Pf. Kinder-
Bisbild und Gruppen Bis sechs
Personen gleiche Preise. Schönhauser
Allee 146, Verlag. 750*

Hollin, Klavier, Violon, Cello-
Unterricht, monatlich 4 Mark, Oranien-
str. 118.

Rechtsanwalt erteilt Gnadt, Rap-
pinerstr. 41. 1470*

Buchbinder-Arbeit jeder Ar-
fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülow-
str. 66, 2. Hof partier. 23876

Uhren repariert Wilhelm Hade,
Uhrmacher, Potsdamerstr. 45. 146*

Fahrrad - Reparaturen fertigt
Zimmer, Andreadstr. 70. 1478b

Fahren jeder Art fährt billig
Otto Daniel, Oedenmannstr. 2, Kohlen-
handlung. 9825

Privat Mittagstisch, Herren 40,
Damen 35 Pfennige. Oranienstr. 178, I.

Salz und Speisestoffe empfiehlt
Jannagel, Jantelstr. 10. 2068*

Rezeptionszimmer empfiehlt Vier-
alte Jakobstr. 119. 288K*

Rezeptionszimmer, kleiner Saal,
mehrere Tage, auch Sonntags, zu
vergeben. Gold, Große Frankfurter-
str. 133. 760*

Rechtsbureau, Andreadstr. 63,
(neben „Konfiserie“). Bestand in allen
Rechtsfachen. Sonntags geöffnet.

Vermietungen.

Laden und 3 Stuben, worin seit
23 Jahren ein Schuhwarengeschäft
mit großem Erfolg betrieben ist,
Reichelderstr. 28 zum 1. Oktober
für 1200 in vermietet. 16725

Zimmer.

Fremdlich möbliertes Zimmer für
2 Herren sofort zu vermieten Forster-
str. 64, Übergabende III, bei
Witwe Rosenfeld.

Einen zweiten Herrn für möbliertes
Zimmer sucht Frau Großmann,
Chaussee 68/69, vorn III. 16760

Möbliertes Zimmer für einen
Herrn Schmann, Fürstenstr. 15,
Hof 3 Treppen. 1702b

12 Mark, Vorderzimmer, Herrn
mit Kaffee, Dresdenerstr. 38,
vorn III. 16996

Schlafstellen.

Fremdliche Schlafstelle vermietet
Franz Jäger, Wendenstr. 2, vorn
III Unt. (Würger Bahnd.) 1670b*

Schlafstelle für Herrn bei Siebold,
Königsgrabenstr. 86. 16715

Eine möblierte Schlafstelle, Tempel-
platzstr. 93, 3 Tr. I. 1696b

Besser möblierte Schlafstelle Katten-
ufer 23, Witwe Bornmann. 26/4

Möblierte Schlafstelle Andread-
str. 3, Hof III, Witwe Wolff. 16715

Schlafstelle, bessere, für 1 bis
2 Herren. Prengel, Oranienstr. 24,
vorn IV. 1711b

Möblierte, ruhige, Schlafstelle für
zwei Herren bei Witwe Tittelbach,
Königsgrabenstr. 22, vorn III. 26/8

Schlafstelle für Herrn, separat,
Bergemann, Schloßstr. 18, vorn
4 Treppen. 125/3*

Schlafstelle für Herrn, mit Kaffee
9 Mark. Hofmann, Fürstenstr. 15,
Hof partier. 1709b

Saubere Schlafstelle für Herrn,
separat, Kottbuserstr. 2, vorn IV,
Böttcher. 72

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Farbige sucht Schulze,
Oranienstr. 185. 16445

Tüchtige Farbmacher bei Damen
der Beschäftigung verlangt Goldstein
fabrik Alexandrinenstr. 25. 1453b

Für unser Bureau wird eine ge-
eignete Person, koffer Redner, mit
guter Handschrift, möglichst im Kaffen-
wesen bewandert, gegen tägliche Ditten
geholt. Selbstgeleitene Offerten
sowie Zeugnisabschriften sind an den
Vorstand der Ort-Krankenkasse des
Gürtler, Rittenstr. 121, zu richten.

Kunstmaler und selbständig
arbeitende Schloffer verlangt Sophie-
Charlottenstr. 108. 1710b

Restaurationsarbeiten, auch Pei-
mädchen, einen Kaufmännischen verlangt
D. Krell, Friedr.berg, Müller-
str. 3. 7147

100 Jackett-Arbeiterinnen verlangt
Riese, Raumerstr. 21, Zornborfer-
str. 21 und Gerichtstr. 31 bei
Kramer. 15425*

Stellengesuche.

Blinde Stahlkletter bietet nun
Arbeit. Stelle werden gut gekostet,
dieselben werden abgeholt und zurück-
geliefert. Glaser, Pulaskistr. 27. *

Zu Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Achtung!
Parkettleger,
Bauhandwerker!
Die Firmen Danke & Peter,
Görlich-Classen und Bendix
Söhne sind gesperrt!
Die Kommission.